

# GRUNDSÄTZE

der Kommunistischen Jugend Österreichs



**KJÖ**



Impressum:

Kommunistische Jugend Österreichs (KJÖ)

Elisabethstraße 11, 5020 Salzburg

[www.kjoe.at](http://www.kjoe.at) | [kjoe@kjoe.at](mailto:kjoe@kjoe.at)

# KJÖ-GRUNDSÄTZE

Beschlossen am 14. Bundeskongress der Kommunistischen  
Jugend Österreichs am 27./28. Februar 2010 in Graz.

“

Zur detaillierten Ausarbeitung und Präsentation der Ziele, Methoden, Grundlagen und Normen des Vereines gibt sich der Verein ein Grundsatzprogramm. Die Beschlussfassung über das Grundsatzprogramm obliegt ausschließlich dem Bundeskongress, seine Einhaltung überwacht die Bundesleitung, seine Aktualisierung und Erweiterung die Bundesvertretung.

§2 (4) der Statuten der KJÖ.



# INHALTSVERZEICHNIS

|           |   |
|-----------|---|
| <b>7</b>  | <b>Weltweiter Kapitalismus</b>  |
| 8         | Die Weltordnung   |
| 8         | Klassenkampf  |
| 8         | Profitgier und Machterhalt  |
| 9         | „Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen“ (Karl Marx)                     |
| <b>10</b> | <b>Der Imperialismus</b>  |
| 11        | Was ist Imperialismus?  |
| 11        | „Krieg ist die Fortsetzung der Politik unter Einbeziehung anderer Mittel“         |
| 12        | Zwischenimperialistische Widersprüche und Bündnisse                               |
| 12        | „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen“ (Jean Jaurès) |
| 12        | „Die Kapitalisten wollen keinen Krieg, sie müssen ihn wollen“ (Bert Brecht)       |
| 13        | Das Europa der Konzerne und Generäle  |
| 13        | „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ (Karl Liebknecht)                          |
| 14        | Die Rolle des Staates   |
| <b>15</b> | <b>Arbeitswelt und Gewerkschaften</b>   |
| 16        | Geschichte des Arbeitskampfes   |
| 16        | Am Beginn des 3. Jahrtausends   |
| 17        | Für kämpferische, demokratische, internationalistische Gewerkschaften!            |
| <b>19</b> | <b>Bildung im Imperialismus</b>   |
| 20        | Bildung und Klassencharakter im Kapitalismus                                      |
| 21        | Lehrlingsausbildung und Berufsschule  |
| 21        | Lehrlingsausbildung ist moderne Sklaverei   |
| 22        | Unser Ziel: polytechnische Gesamtschule   |
| 22        | Hochschulbildung im Rahmen des Bolognaprozesses                                   |
| 23        | Widerstand gegen die herrschende Bildungsdoktrin                                  |
| <b>24</b> | <b>Antifaschismus und Antirassismus</b>   |
| 25        | Faschismusdefinition  |
| 25        | Ziele, Funktionen, Methoden des Faschismus  |
| 25        | Wesensinhalt des Faschismus: sein Klassencharakter                                |
| 26        | Vergleich und Vergleichbarkeit faschistischer Regime                              |
| 26        | Formationsspezifische Bedingungen des Faschismus                                  |

|      |   |
|------|---|
| 28   | Der Faschismus an der Macht: Rassismus, Antisemitismus, Vernichtung |
| 28   | Rechtsextremismus und Faschismus heute                              |
| 29   | Die etablierte Rechte   |
| 29   | Neonazismus   |
| 29   | Die konservative Gefahr   |
| 30   | Hand in Hand gegen den Faschismus                                   |
| 30   | Antirassismus   |
| <br> |   |
| 31   | <b>Frauenbefreiung</b>  |
| 32   | Die Situation ist untragbar!  |
| 32   | Historische Betrachtung   |
| 32   | Frauenbefreiung und Kapitalismus                                    |
| 33   | Bewusstseinsbildung   |
| 33   | Geschlechterfrage – Klassenfrage                                    |
| <br> |   |
| 34   | <b>Jugendkultur und Medien</b>                                      |
| 35   | Die Widersprüche im Kapitalismus spitzen sich zu                    |
| 35   | Die Möglichkeit einer anderen, neuen Gesellschaft                   |
| 35   | Die Lüge vom „einzig möglichen System“                              |
| 35   | Ideologischer Klassenkampf  |
| 36   | Kulturindustrie   |
| 36   | Medien  |
| <br> |   |
| 38   | <b>Ökologie</b>   |
| 39   | Konsequenter Umweltschutz ist antikapitalistisch                    |
| 40   | Gentechnik  |
| <br> |   |
| 41   | <b>Der Sozialismus</b>  |
| 42   | Ein Plädoyer  |
| 42   | Wege zum Sozialismus  |
| 43   | Reform und Revolution   |
| 43   | Der revolutionäre Bruch   |
| 44   | Sozialismus und heutige Bewegungen                                  |
| 45   | Historische Bemerkungen   |
| 46   | Entwicklungsperspektiven des Sozialismus                            |

# VORWORT

Liebe Genossinnen und Genossen!

“Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben.”, lesen wir bei Lenin. Unserem Verständnis nach ist für einen kommunistischen Jugendverband unerlässlich, seine Politik auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Theorie zu entwickeln. Kommunistische Politik ist geleitet von der wissenschaftlichen Einsicht in die Bewegungsgesetze der Geschichte, in die Widersprüche und Entwicklungstendenzen der Gesellschaft und in die Realisierungschancen einer humanen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien Lebensordnung.

Die vorliegenden Grundsätze der Kommunistischen Jugend Österreichs sind das Ergebnis eines jahrelangen Diskussionsprozesses, der mit dem 14. Bundeskongress im Februar 2010 einen vorläufigen Abschluss fand. Die KJÖ-Grundsätze versuchen, die Eckpunkte kommunistischer (Jugend-)Politik darzulegen und die vor uns liegenden Aufgaben und unsere Zukunftsvorstellungen zu skizzieren.

Die Grundsätze beginnen mit einer Analyse des gegenwärtigen Stadiums des Kapitalismus und Imperialismus, setzen fort mit einer Auseinandersetzung mit der Situation in der Arbeitswelt und im Bildungssektor, die der Schwerpunktsetzung der KJÖ auf revolutionäre Interessensvertretung entspricht, auf die Darlegung unserer Standpunkte im Kampf gegen Faschismus, Frauenunterdrückung, Umweltzerstörung und die kapitalistische Propagandamaschinerie folgt schließlich die Skizzierung unserer Vorstellungen einer künftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Auf diesen Grundsätzen aufbauend, liegt vor der KJÖ die Aufgabe, umfassende revolutionäre Politik für und mit der arbeitenden und lernenden Jugend zu entfalten. Schließlich gilt noch heute der Ausspruch von Karl Marx, wonach jeder Schritt wirklicher Bewegung wichtiger ist als ein Dutzend Programme.

Robert Krotzer  
KJÖ-Bundesvorsitzender

# WELTWEITER KAPITALISMUS



Der Kapitalismus hat in der ganzen Welt gesiegt, aber dieser Sieg ist nur die Vorstufe zum Sieg der Arbeit über das Kapital.

W.I. Lenin: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, 1913.



### **Die Weltordnung**

Ein immer größer werdender Teil der Weltbevölkerung lebt in extremer Armut. Kriege werden zum immer gängigeren Mittel der Politik. Immer größer wird die Kluft zwischen Arm und Reich, immer mehr wird die Umwelt zu Gunsten der Profite zerstört. Für uns steht daher fest, dass die Welt nicht bleiben kann, wie sie ist. Um die jetzigen Zustände grundlegend zu verändern, ist jedoch die Kenntnis der allgemeinen Zusammenhänge notwendig.

Das wirtschaftliche und politische System, das heute weltweit die Grundlage des Zusammenlebens der Menschen bildet, ist der Kapitalismus. Er hat seit seiner Entstehung vor mehr als 200 Jahren nicht nur die Welt durch den rasanten technischen Fortschritt umgestaltet, sondern auch die Gesellschaft in zwei Klassen geteilt: einerseits die Kapitalistenklasse, welche die Produktionsmittel – also Fabriken, Grundstücke, Maschinen etc. – besitzt. Andererseits die Arbeiterklasse, die gezwungen ist, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen- also für Lohn zu arbeiten. Welche konkrete juristische Form – klassische „Normalarbeitsverhältnisse“, Werkverträge, geringfügige Beschäftigungsformen, „Ich-AGs“ etc. – das Verhältnis von KäuferInnen und VerkäuferInnen der Arbeitskraft auch immer haben mag, es bildet den Hintergrund der Entwicklung der modernen Gesellschaft: Während die Produktion des Reichtums gesellschaftlich ist, bleibt die Aneignung dieses Reichtums privat. Das heißt, dass durch die entwickelte Arbeitsteilung ein immer größerer Teil der Menschheit, die Produkte und Dienstleistungen - also die gesellschaftlichen Reichtümer - schaffen, die Profite aber in der Hand einiger weniger Kapitalisten verbleiben.

### **Klassenkampf**

Dieser Gegensatz zwischen den Klassen bildet den Hintergrund der Entwicklung der modernen Gesellschaft. Alle rechtlichen, politischen, kulturellen und sozialen Beziehungen der Menschen untereinander haben diese ökonomische Basis.

Der Kampf zwischen den beiden Hauptklassen kann ebenso viele verschiedene Formen annehmen wie die Art der Herrschaft der Kapitalisten. Ob in einer bürgerlichen Demokratie oder in einem offenen Terrorsystem wie dem Faschismus – die grundsätzliche Frage des Klassenkampfes bleibt bestehen. Als Gegenstück zur Herrschaft des Kapitals entwickelten und entwickeln sich zunehmend organisierte Formen des Widerstandes durch die Lohnabhängigen. Beispielgebend sind die Erfahrungen, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung gemacht wurden und täglich neu gemacht werden: in der Pariser Kommune, den Februarkämpfen in Österreich 1934, den unterschiedlichen Versuchen des Aufbaus des Sozialismus in verschiedenen Ländern der Erde, dem bolivariischen Zusammenschluss der Völker Lateinamerikas etc.

### **Profitgier und Machterhalt**

Das Ziel des kapitalistischen Systems ist nicht die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse, sondern das Erzielen von möglichst viel Profit. Es ist also nicht von Bedeutung, was produziert wird, sondern lediglich, ob es Gewinn abwirft. Dieses Profitstreben ist der Grund, wieso die einen im Geld baden und anderen das Notwendigste zum Leben fehlt, wieso in Teilen der Welt Menschen verhungern, während anderswo überflüssige Konsumartikel und Waffen produziert werden.

Alle von der Seite der herrschenden Klasse getroffenen Taten, Entscheidungen und Beschlüsse haben nur ein Ziel: dieses Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem aufrechtzuerhalten und zugleich jeglichen Widerstand im Keim zu ersticken. Nicht zuletzt Faschismus und Weltkriege zeigten uns, dass eine herrschende Klasse immer alle möglichen und nötigen Versuche unternimmt, um sich selbst an der Macht zu halten und sogar dazu bereit ist, die Gesellschaft mit sich in den Untergang zu ziehen.

Umweltzerstörung, Unterdrückung der Entwicklungsländer, weltumspannende Hungersnöte und verschärfter Klassenkampf „von Oben“ in Form von Ausbeutungsgesetzen, Streikbruch und programmatischer Hetze gegen die organisierte Arbeiterbewegung sind die eine Seite der Medaille. Die Zunahme von Macht und Reichtum einiger weniger Kapitalisten sind die andere.

## „Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen“ (Karl Marx)

Das System des weltweiten Kapitalismus ist zu einem Hindernis für die menschliche Entwicklung geworden; mit den sich fortlaufend verschärfenden Klassengegensätzen bieten letzten Endes nur zwei Möglichkeiten: Sozialismus oder Barbarei.

Um die dringendsten Probleme der Menschheit langfristig lösen zu können, und die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse zu sichern, muss dieses System der Ausbeutung und Profitgier an seiner Wurzel gepackt werden: am Privateigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln\*. Diese müssen den Händen der Kapitalisten entrissen und zu gesellschaftlichem Eigentum werden, denn nur durch diesen revolutionären Umbruch wird es möglich sein, die Bedingungen einer solidarischen und wirklich demokratischen Gesellschaft, des Sozialismus, zu schaffen. (siehe Kapitel 9)

Die objektiven, d.h. materiellen Bedingungen für eine derartige gesellschaftliche Revolution sind im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft längst herangewachsen, doch um sie zu verwirklichen, bedarf es auch des Klassenbewusstseins der ArbeiterInnen und der anderen ausgebeuteten Klassen und Schichten. Die aktuellen Kämpfe gegen die Erscheinungsformen des Kapitalismus, wie Sozial- und Bildungsabbau, Arbeitslosigkeit und Armut, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Neofaschismus und Krieg verbinden wir mit dem Ziel des Sozialismus.

\* Gesamtheit aller Maschinen, Fahrzeuge, Werkzeuge, Rohstoffe, und sonstigen Materialien, welche in einer Gesellschaft zur Produktion und für die Erbringung von Dienstleistungen nötig sind.

# DER IMPERIALISMUS

## Weltweite Unterdrückung

“ Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überallhin den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen. Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welchem politischen System, äußerste Zuspitzung der Gegensätze auch auf diesem Gebiet - das ist das Ergebnis dieser Tendenzen.

W.I. Lenin: Über eine Karikatur auf den Marxismus, 1916.



Der Kapitalismus hat sich natürlich seit seiner Entstehung beständig verändert, weiterentwickelt und um das Jahr 1900 eine neue Stufe erreicht, den Imperialismus.

## Was ist Imperialismus?

Imperialismus bedeutet in erster Linie weltweite Macht und Konkurrenz der kapitalistischen Monopole und deren Staaten. Durch die Konzentration der Produktion, des Handels und des Bankwesens entstehen Monopole, die in den einzelnen Branchen und vermehrt branchenübergreifend die Bedingungen der Produktion, der Marktsituation und des Verkaufs bestimmen. Diese Monopolstellung ist jedoch nicht nur eine wirtschaftliche Angelegenheit. Durch ihre Größe und ihren Einfluss üben die Monopole Herrschaft aus. So wird den Entwicklungsländern – beispielsweise durch sogenannte „Freihandelsabkommen“ oder die Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF) – der Wille der Konzerne aufgezwungen. Doch auch in den Industriestaaten ist diese Entwicklung offensichtlich. Während das Großkapital vom bürgerlichen Staat großzügig mit Bankenrettungspaketen und Steuergeschenken bedacht wird, werden der breiten Masse der Bevölkerung Sparpakete und Sozialabbau aufgebrummt. So betreibt der Staat im Imperialismus – national und international – systematisch Umverteilung zugunsten der Monopole.

Auch das Streben nach neuen Absatzmärkten, billigen Arbeitskräften und Rohstoffen, Kapitalanlagen und Einflussphären ist eines der Merkmale des Imperialismus. Die imperialistischen Metropolen haben die wirtschaftliche Kontrolle über den Rest der Welt unter sich aufgeteilt. Der Welthandel ist zu einem überwältigenden Anteil in der Hand der reichsten Staaten. Diese wirtschaftliche Ausbeutung wird unter anderem auch dadurch verewigt, dass in den peripheren Ländern in erster Linie Rohstoffe ausgebeutet und arbeitsintensive Produkte erzeugt werden, während in den Metropolen die Produktion hochtechnisiert vonstatten geht.

Mit der Verlagerung von ganzen Produktionszweigen in die Peripherie werden die Profite der Monopole durch niedrigste Löhne und katastrophale Arbeitsbedingungen maximiert. Mit gezieltem Kapitalexport werden die zentralen Wirtschaftsbereiche der einzelnen Länder unter die Kontrolle der Konzerne gebracht. Durch Patente auf moderne Technologie und ihre Anwendung bleibt den abhängigen Ländern der eigenständige Zugang und die Nutzung der modernen Produktivkräfte verwehrt. Zwar führt Kapitalexport dazu, dass in vielen Ländern modernste Produktionsanlagen entstehen, doch sind diese Eigentum der Konzerne.

Durch das Vakuum, das durch den Zerfall der sozialistischen Staaten Ost- und Südosteuropas entstand, standen fast über Nacht dem Kapitalexport aus den kapitalistischen Metropolen Tür und Tor offen, wovon vor allem der deutsche Imperialismus – und mit ihm auch das österreichische Kapital – profitierte.

Um sich diese Einflussphären nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zu sichern, wurden die ehemals sozialistischen Staaten der Europäischen Union einverleibt.

## „Krieg ist die Fortsetzung der Politik unter Einbeziehung anderer Mittel“ (Carl von Clausewitz)

In den weltpolitischen Wirren der Jahre 1989 bis 91 schreckten die Imperialisten auch nicht davor zurück, sich die Türen gewaltsam zu öffnen, wie es im angezettelten Krieg in Jugoslawien auf schreckliche Weise deutlich wurde. Die wirtschaftliche Unterdrückung ist mit einer umfassenden politischen und militärischen Herrschaft verbunden. Wenn der ökonomische Druck nicht ausreicht, um die gewünschten Ergebnisse zu erzielen, steht der militärische Arm der imperialistischen Metropolen Gewehr bei Fuß – auch ohne Beachtung des Völkerrechts. In vielen Fällen gehen dem direkten militärischen Eingreifen versteckte Interventionen voraus, wie das Schüren von Bürgerkriegen und die Finanzierung und Ausbildung von Paramilitärs, was in vielen Regionen Afrikas und Südamerikas gang und gäbe ist. Wenn die totale Unterordnung der Staaten nicht zu Wege gebracht wird, so erreicht man damit zumindest die Destabilisierung der Region und verhindert eine eigenständige Entwicklung.

Dennoch bieten sich auch heute viele Möglichkeiten einer gerechteren Gestaltung der weltweiten Austauschbeziehungen, die wir als KommunistInnen nicht nur als Selbstzweck unterstützen, sondern auch als Grundlage für revolutionäre und fortschrittliche Ausbrüche einzelner Länder aus der impe-

rialistischen Kette begreifen. Die Entwicklungen in Lateinamerika – allen voran jene in Venezuela und Bolivien – sind wichtige Schritte auf dem langen Weg mit dem Ziel der weltweiten Zerschlagung des Imperialismus

### **Zwischenimperialistische Widersprüche und Bündnisse**

Wie in einem Strategiespiel, in dem jeder gegen jeden kämpft, sind zeitweise Bündnisse zwischen den einzelnen Playern gegen mächtigere (oder zur gemeinsamen Zerschlagung kleinerer Mitspieler) möglich. Letzten Endes geht es aber darum, selbst die Vor- oder gar Weltherrschaft zu erlangen. Auch wenn es momentan so scheint, als überwiege das gemeinsame Interesse der Metropolen gegenüber den peripheren Ländern, was z.B. im „Krieg gegen den Terror“ zum Ausdruck kommt, werden die Risse in den Bündnissen der imperialistischen Staaten immer deutlicher erkennbar. Immer öfter spucken unsere Herrschenden große Töne gegen den US-Imperialismus, wohinter jedoch keineswegs humanitäre Anschauungen oder gar „Anti-Imperialismus“ stehen. Viel mehr zeigt sich, dass die imperialistischen Mächte sich bei ihren Expansionsplänen gegenseitig im Weg stehen. So verurteilten die deutschen und österreichischen Jugoslawien-Kriegstreiber den Krieg der USA, Großbritanniens, Italiens und anderer gegen den Irak. Derweil stationiert Österreich unter dem fadenscheinigen Vorwand der „Friedenssicherung“ SoldatInnen im Kosovo, im Kongo, in Afghanistan etc.

### **„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen“ (Jean Jaurès)**

Die vermehrte und weltweite wirtschaftliche Vernetzung – auch mit dem Schlagwort „Globalisierung“ bezeichnet – verläuft nicht beliebig und gleichmäßig auf dem Erdball verteilt. Der überwältigende Großteil der wirtschaftlichen Austauschprozesse und Investitionen vollzieht sich zwischen den Zentren und innerhalb der Zentren.

Obwohl die NATO nach wie vor das entscheidende Militärbündnis der Mächtigen ist, strebt auch die wirtschaftlich erstarkte EU nach eigenständiger militärischer Stärke, was sich in den Tendenzen zu einem europäischen Militärbündnis und einer gesamteuropäischen Rüstungsindustrie ausdrückt.

Entgegen der weitläufigen Vorstellung, dass durch die steigenden wirtschaftlichen Austauschprozesse eine vollständige Harmonisierung der internationalen Beziehungen möglich sei, treten die sich zuspitzenden Widersprüche zwischen den imperialistischen Zentren immer mehr zutage und sind der Nährboden für Stellvertreterkriege aber auch für direkte militärische Konfrontationen.

Die ökonomische Basis dieses Widerspruchs ist die ungleiche Entwicklung der einzelnen imperialistischen Staaten und in weiterer Folge der Kampf um eine Neuaufteilung der Einflussphären und Machtgebiete. Ab einem gewissen Zeitpunkt können die antagonistischen Interessen nicht mehr am Verhandlungstisch geregelt werden, sondern rufen auch bewaffnete Auseinandersetzungen hervor.

Gerade dieser Kampf um die Neuaufteilung der Macht war auch der Hintergrund des Zweiten Weltkriegs, als das wirtschaftlich erstarkte Deutschland die im ersten Weltkrieg verlorene politische und wirtschaftliche Herrschaft wiedererlangen und weiter ausbauen wollte.

### **„Die Kapitalisten wollen keinen Krieg, sie müssen ihn wollen“ (Bert Brecht)**

Obwohl dies nun schon mehr als ein halbes Jahrhundert zurückliegt, ist es wiederum Deutschland mit Österreich an seiner Seite, das sich eine Vorherrschaft in weiten Teilen Europas sichern will und es sind – neben anderen – auch wieder dieselben Konzerne im Vordergrund, die damals den Faschismus an die Macht brachten (z.B. Krupp, Thyssen). So lässt die 2008 ausgebrochene Wirtschaftskrise die Kriegsgefahr steigen, weil die Kapitalisten – wie es die Krise von 1929ff. zeigte – ihre Krisen immer nur durch massive Rüstungsprogramme durchtauchen konnten.

## Das Europa der Konzerne und Generäle

Auch wenn es derzeit noch scheint, als hätte die sogenannte europäische Integration die zwischen-imperialistischen Widersprüche verschwinden lassen, sind die innereuropäischen Konflikte nur ver- tagt, um vorerst gemeinsam dem (noch!) übermächtigen US-Imperialismus die Stirn zu bieten.

Die derzeitige militärische Schwäche führt dazu, dass die imperialistischen Staaten Europas bei mil- itärischen Auseinandersetzungen – wie z.B. den Kriegen in Afghanistan und Irak – durch die USA in die zweite Reihe verwiesen werden. Genau hier setzen die Strategien an, die in den Chefetagen von Politik und Wirtschaft der EU entwickelt werden. Mittlerweile ist die eigentliche Stoßrichtung des sogenannten „Integrationsprozesses“ durch zweierlei charakterisiert. Zum einen wird ein undemok- ratisch aufgebauter europäischer Apparat geschaffen, in dem ein zeitweiliges Bündnis aus vorwiegend deutschen und französischen Kapitalfraktionen den Ton angibt. Zum anderen wird der Prozess der Militarisierung der EU massiv vorangetrieben, als dessen Ergebnis eigenständige militärische Inter- ventionen weltweit – unabhängig von der NATO und unkontrolliert durch UNO und Völkerrecht – stehen sollen. Diesen EU-Plänen stehen jedoch divergierende Interessen anderer imperialistischer Staaten Europas entgegen. So nimmt etwa Großbritannien nicht an der Währungsunion teil und setzt – politisch wie militärisch – eher auf ein transatlantisches Bündnis mit den USA.

### „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ (Karl Liebknecht)

Auch das österreichische Kapital versucht, aus der jetzigen Situation seinen Nutzen zu ziehen. Wenngleich ein bedeutender Teil des österreichischen Großkapitals schon in den Händen v.a. deut- scher Monopole ist, so sind es in erster Linie der osteuropäische und arabische Raum sowie die Nach- barländer am Balkan, in denen sich das österreichische Kapital breit macht und seine Einfluss- und Machtsphären sichert (man denke nur an die Verstrickungen der Bank Austria in diverse Immobilien- und Spekulationsgeschäften in Osteuropa oder auf dem Balkan). Nicht umsonst war Österreich eine treibende Kraft bei der Zerschlagung Jugoslawiens, bei der die altbekannte teile-und-herrsche- Strategie wieder zum Einsatz kam. Während die österreichische Politik lange Zeit auch im Rahmen der Neutralität eigenständige außenpolitische Initiativen setzte, wird jetzt als Partner Deutschlands die imperialistische Durchdringung der ehemals sozialistischen Länder im Rahmen der EU vollzogen.

Die Militarisierung Österreichs ist längst beschlossene Sache. Neutralität und friedliche Konflik- tlösung sind Schnee von gestern und spielen laut Ex-Kanzler Wolfgang Schüssel nur mehr die Rolle von „Lipizzanern und Mozartkugeln“. Österreich ist sowohl Mitglied der NATO-Vorfeldorganisation „NATO-Partnerschaft für den Frieden“ als auch an vorderster Front am Aufbau der EU-Armee beteil- igt. Um nicht mit dem Neutralitätsgesetz in Konflikt zu geraten, wurde bereits 1998 der Artikel 23f in die Verfassung eingefügt. Bundeskanzler und Außenminister können seither alleine darüber entsche- iden, in welcher Form sich Österreich an EU-Kriegen beteiligt, das Parlament braucht nur nach- träglich eingebunden zu werden – die Bevölkerung überhaupt nicht. Die österreichische Regierung möchte sich in der EU-Armee mit Nischenprodukten wie z.B. dem Gebirgseinsatz profilieren. Trup- penübungen für Auslandseinsätze sind bereits gang und gäbe. Alle Parlamentsparteien beschlossen 2005 diese Bundesheer-Reform und damit die Aufrüstung für den Kriegseinsatz zur Sicherung der Interessen des österreichischen und europäischen Monopolkapitals. Was dem österreichischen Kapi- tal nach dem Ersten Weltkrieg „genommen“ wurde und von ihm im zweiten Weltkrieg nicht zurück- erobert werden konnte, wird nun versucht mit Hilfe der EU zu erreichen.

Die KJÖ kämpft für friedliche Außenpolitik und Völkerverständigung. Das mittlerweile nur noch auf dem Papier bestehende und von keiner Parlamentspartei mehr vertretene Neutralitätsgesetz muss wieder zum Leitfadens der österreichischen Außenpolitik werden!

Für uns steht fest, dass eine grundlegende Sicherung des Friedens mit den imperialistischen Mächten und Wirtschaftsverhältnissen nicht zu machen ist. Nur wenn die Macht des internationalen Großkapitals erst zurückgedrängt und letztendlich gebrochen wird, kann die Kriegsgefahr nachhaltig gebannt werden, wozu ein Austritt Österreichs aus der EU ein erster wichtiger Schritt wäre. Letzten Endes kann erst der Sozialismus einen weltweiten und andauernden Frieden gewährleisten.

## Die Rolle des Staates

Entscheidende Bedeutung im imperialistischen System kommt der Rolle des Staates zu. Seit seiner Entstehung ist der Staat kein über der Gesellschaft und den Interessen der Menschen stehendes Gebilde, sondern Instrument der jeweils herrschenden Klasse, deren Interessen er durchsetzt.

Der Staat im Imperialismus ist nach wie vor notwendiges Instrument, ist quasi seine Herz-Lungenmaschine. Die Aufgaben und Funktionen, die der Staat in enger Verflechtung mit dem Monopolkapital als „ideeller Gesamtkapitalist“ (Karl Marx) erfüllt, sind vielfältig.

Das Kapital agiert in wachsendem Ausmaß auf globaler Ebene und weit über den Nationalstaat hinaus. Dazu bedient es sich nationalstaatlicher Mechanismen zur Sicherung der Kapitalverwertung. Obwohl sich in kleineren kapitalistischen Staaten wie Österreich der Spielraum für eigenständige Politik verringert hat und Strukturen wie EU, IWF, G8 etc. den Nationalstaaten immer mehr die Politik diktieren, dürfen die nationalen Regierungen in den Metropolen keinesfalls aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Sie sind Teil und Akteurinnen dieser Strukturen und auf nationaler Ebene willige Vollstrecker von deren Politik.

Die Enteignungsprozesse in Form von Privatisierung und Deregulierung – oft als „neoliberale Politik“ bezeichnet – widersprechen keineswegs der Aufgabe, die dem Staat für das Kapital gegenwärtig zukommt. Im Gegenteil: das in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg angehäuften Kapital drängt nun in bisher kaum privatkapitalistisch organisierte Bereiche wie dem Bildungswesen, dem Gesundheits- und Pensionssystem etc. Der Staat gibt so alle sozialen Errungenschaften, die in Jahrzehnten erkämpft wurden, preis, was zu Verarmung, Elitenbildung, Arbeitslosigkeit, Zweiklassenmedizin, Perspektivenlosigkeit etc. führt.

Gerade die „goldenen roten 70er Jahre“ sind Verteilungskonflikten zwischen Kapital und Arbeit aus dem Weg gegangen; Die einzelnen Reformen jener Zeit waren weit davon entfernt, die Herrschaft des Kapitals ernsthaft zu beschneiden und damit auf die Grenzen des Kapitalismus oder über diese hinaus zu weisen. Auch wenn diese Zeit Verbesserungen für die ArbeiterInnenklasse brachten, als selbständig handelndes Subjekt wurde diese jedoch nie aktiv, sondern im Rahmen der Sozialpartnerschaft mit einigen Zugeständnissen abgespeist. Angesichts der unmittelbaren Systemalternative in Form der sozialistischen Länder an den Grenzen, mussten die Herrschenden wohl dosierten sozialen Fortschritt zulassen. So bot die Sozialpartnerschaft die besten Möglichkeiten, den Arbeitenden den Giftzahn des Klassenkampfes zu ziehen.

Dass der angebliche Sozialstaat verschwunden ist, hat keineswegs einen „Rückzug“ des Staates aus der sozialen Verantwortung als Abnahme seines wirtschaftlichen Einflusses zur Folge. Er erfüllt nach wie vor die Funktion der Herz-Lungen-Maschine des Kapitalismus. Sorgt er in den Zeiten der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus für die Ruhigstellung der ArbeiterInnen, nimmt er heute ungehemmt seine Funktion bei der Umverteilung von unten nach oben wahr. Auch die Bedeutung, die der Staat in der Forschung und der Gewährleistung der infrastrukturellen Rahmenbedingungen für die Monopole hat, ist ebenso wichtig wie die gigantischen Ausmaße an Staatsinvestitionen im Rahmen der Rüstungsindustrie, die er tätigt. Ganz zu schweigen von seiner Aufgabe, die bestehenden Verhältnisse aufrecht zu erhalten.

# ARBEITSWELT UND GEWERKSCHAFTEN

“ Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse.

Karl Marx: Lohn, Preis und Profit, 1865.



AUSBILDEN STATT AUSBEUTEN!  
LEHRLINGSCHÄDIGUNGEN ERHÖHEN!

## **Geschichte des Arbeitskampfes**

Der Kapitalismus setzt die - in zweifachem Sinne - freie Klasse von LohnarbeiterInnen voraus: die LohnarbeiterInnen müssen juristisch frei sein, d.h. im Gegensatz zu SklavInnen oder Leibeigenen frei über ihre Arbeitskraft verfügen. Und sie müssen frei von Produktionsmitteln sein, damit sie dem Kapital nicht nur als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, sondern auch gezwungen sind einer Lohnarbeit nachzugehen um leben zu können. LohnarbeiterInnen sind in einem langwierigen und reibungsvollen Prozess als Folge der Arbeitsteilung entstanden, einer massenhaften und oft auch gewaltsamen Trennung der unmittelbaren ProduzentInnen (HandwerkerInnen und BäuerInnen) von ihren Produktionsmitteln (Feldern, Rohstoffen, Werkzeugen etc.) und der Verwandlung dieser Produktionsmittel in Kapital. Mit dieser massenhaften Enteignung wurde eine enorme Anzahl an Arbeitskräften freigesetzt, die sich in einer ihnen vom Kapital aufgezwungenen Konkurrenz wiedereinfinden, in der die ArbeiterInnen gezwungen waren, zu versuchen, u.a. durch immer niedrigere Löhne oder immer längere Arbeitszeiten, einen Arbeitsplatz zu erlangen bzw. zu behalten. Die Löhne des Einzelnen lagen dadurch nicht selten unterhalb des physischen Existenzminimums, wodurch auch Kinder gezwungen waren zu arbeiten um das Familieneinkommen zu erhöhen.

Gewerkschaften wurden gegründet, um dieser - durch die Unternehmer geschaffenen - Konkurrenz in der Arbeiterklasse entgegen zu wirken – unter den Beschäftigten und unter den Arbeitslosen, als auch zwischen beiden Gruppen. Die organisierten ArbeiterInnen verständigten sich u.a. über Mindestlöhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen mit denen sie bereit waren, Arbeit anzunehmen. In harten und langwierigen Kämpfen konnten schließlich schrittweise - u.a. durch gemeinsamen Boykott bestimmter Arbeitgeber, durch gemeinsame Streiks, durch die Einrichtung von Unterstützungskassen (Streikfonds) - all jene arbeits- und sozialrechtlichen Errungenschaften durchgesetzt werden, die heute in den hochentwickelten europäischen Ländern als nahezu selbstverständlich gelten: u.a. kollektivvertraglicher Mindestlohn, bezahlter Urlaub, Arbeitszeit- und Überstundenregelungen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Kündigungsschutz, Betriebsräte, sowie Unfall-, Kranken-, Pensions- und Arbeitslosenversicherungen.

Der Widerstand der UnternehmerInnen gegen Gewerkschaften sowie gegen arbeits- und sozialrechtliche Errungenschaften hat jedoch eine ebenso lange Geschichte wie der Kampf dafür. Korruption, Einschüchterung, Entlassungen und brutaler Streikbruch waren und sind Mittel auf betrieblicher Ebene, arbeiterfeindliche Gesetzgebung (Arbeitsverbot, Streikverbot, Versammlungs-, Organisations- oder Publikationsverbot) bis hin zur offen terroristischen Diktatur des Monopolkapitals, dem Faschismus, politische Mittel zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung.

## **Am Beginn des 3. Jahrtausends**

Heute stehen Gewerkschaften und Arbeiterbewegung vor großen Herausforderungen. Schon in der Ära der Sozialpartnerschaft und des sogenannten „sozialen Friedens“ wurde die arbeitende Bevölkerung ständig vom Kapital um ihre Rechte geprellt, wobei die Führung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes immer willfährige Verbündete und Vollstreckerin war, indem sie die Lohnabhängigen ruhig stellte. Einkommensanpassungen, die hinter der Inflation zurückbleiben, geringe Abgeltung von Produktivitätssteigerungen oder ständig sinkender Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen sind konkrete Auswirkungen dieser Gewerkschaftspolitik. Die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit haben gegenwärtig aber eine neue Qualität erreicht.

Weitgehend werden bestehende arbeits- und sozialrechtliche Errungenschaften aufgeweicht oder gänzlich zunichte gemacht: Lockerung des Kündigungsschutzes, Flexibilisierung der Arbeitszeiten und Arbeitszeitverlängerungen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, eine generelle Infragestellung kollektivvertraglicher Regelungen sowie gestiegener Lohn- und Leistungsdruck stehen auf der Tagesordnung. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse scheinen zunächst zwar durch flexiblere (Zeit-) Einteilung und mehr Eigeninitiative für die Lohnabhängigen zu überzeugen, in letzter Konsequenz erhöhen sie aber die Ausbeutung der Arbeitenden und erhöhen die Profite der Unternehmen. Bei geringfügiger Beschäftigung sind die ArbeiterInnen z.B. nicht sozial-, kranken- und arbeitslosenversichert, freie DienstnehmerInnen sind auch nicht arbeitslosenversichert, WerkvertragsnehmerInnen und „neue Selbständige“ stehen teilweise sogar völlig außerhalb des Arbeitsrechts. Diese Beschäftigungsverhältnisse haben aber nicht nur persönliche Folgen für jene, die in solchen Arbeitsverhältnissen stehen, sondern erhöhen auch den Druck auf KollegInnen in sogenannten Normalarbeitsverhältnissen (Vollzeitarbeit mit Sozial-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung).

In den Industriestaaten ist in den letzten Jahren der Gesamtumfang der Arbeiterklasse im weitesten Sinn gewachsen. Immer breitere Schichten Lohn- und Gehaltsabhängiger (selbst hoch- und höchstqualifizierter und akademischer) werden proletarisiert: ihre Situation am Arbeitsplatz, ihre Abhängigkeit von der Unternehmensführung, ihre sozialen, arbeitsrechtlichen und finanziellen Standards als auch ihre Lebensumstände nähern sich jenen der Arbeiterklasse an. Die Ausweitung insbesondere des Dienstleistungssektors hat zu einem enorm gestiegenen Anteil an Frauen innerhalb der Arbeiterklasse geführt. Bei allem Gerede vom Verschwinden der Arbeiterklasse sprechen die Zahlen daher eine andere Sprache: das Verhältnis zwischen selbständig und unselbständig Beschäftigten beträgt heute ca. 1:8 (gegenüber 1:5 1975). Mit Werkverträgen und neuer Selbständigkeit sind zudem Beschäftigungsverhältnisse geschaffen worden, die ein gezieltes Umgehen von arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen durch scheinbare Selbständigkeit der Betroffenen ermöglicht. Gleichzeitig sind im gegenwärtigen imperialistischen Stadium des Kapitalismus auch eigentlich Selbständige in den meisten Fällen dem Diktat der Großkonzerne unterworfen. Selbst Betriebe mittlerer Größe werden zu deren Zuliefer- oder Absatzfilialen degradiert, womit auch ihre Selbständigkeit weitestgehend verschwindet.

Im Allgemeinen kann eine Intensivierung der Arbeit festgestellt werden. Denn während auf der einen Seite (nämlich bei den Vollzeitbeschäftigten) immer länger gearbeitet wird, kommt es auf der anderen Seite (bei prekären Beschäftigungsverhältnissen wie Zeit- und Leiharbeit, geringfügiger Beschäftigung und Teilzeitarbeit sowie sogenannter Kurzarbeit) zu kürzeren Arbeitszeiten, welche aber in der Regel von ungesunden Arbeitsbedingungen wie Schichtarbeit, Wochenendarbeit oder Nacharbeit und miserabler Entlohnung begleitet wird. Durch diese Entwicklung wird die Spaltung der Arbeiterklasse weiter vorangetrieben. Auf dem „Schlachtfeld“ Arbeitsmarkt stehen sich somit mehrere Gruppen gegenüber, die vom Kapital brutal gegeneinander ausgespielt werden: Vollzeitbeschäftigte, prekär Beschäftigte und Arbeitslose.

Eine weitere Ursachen des Drucks auf Lohnabhängige zu immer schlechteren Bedingungen zu arbeiten, ist die mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt verstärkt auftretende sogenannte „Globalisierung“, die verstärkte internationale Arbeitsteilung, die benutzt wird, um die ArbeiterInnen mit gezielter Propaganda zu verunsichern und gefügig zu machen. Standorte mit relativ gut qualifizierten Arbeitskräften, mit niedrigen Lohnstandards, beschränkt bis kaum vorhandenem Arbeits- und Sozialrecht sowie kostenminimierenden Umweltschutzbestimmungen werden auf der Jagd nach Profit zunehmend attraktiver. Aber erst internationale Abkommen über Freihandel und freien Kapitalverkehr z.B. im Rahmen der EU oder der WTO (Welthandelsorganisation) ermöglichen den Konzernen ihre Produktionsstandorte so zu verlagern, dass sie nicht nur Profit sondern Maximalprofit erzielen.

### **Für kämpferische, demokratische, internationalistische Gewerkschaften!**

Es zeigt sich also, dass den Lohnabhängigen hierzulande - wie international - in nächster Zeit weitere massive Verschlechterungen bevorstehen, die nur durch das gemeinsame und entschlossene Vorgehen der Betroffenen abgewendet bzw. wieder zurückgenommen werden können. Wer in diesen Auseinandersetzungen alleine dasteht, wird nichts bewegen können. Nur durch eine Rückbesinnung auf den Solidaritätsgedanken, der die Erkämpfung aller arbeits- und sozialrechtlicher Errungenschaften ermöglicht hat, nur durch die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse in Österreich, aber auch international, kann dem aggressiven Vorstoß des Kapitals Einhalt geboten werden. Ein Sammelpunkt für Widerstand gegen die Gewalttaten der Herrschenden müssen kämpferische Gewerkschaften sein. Ihre Aufgabe ist es, nicht nur den ArbeiterInnen und den in Ausbildung stehenden Lehrlingen, SchülerInnen und StudentInnen Beratung und Unterstützung in täglichen Auseinandersetzungen zukommen zu lassen. Die Gewerkschaft muss dem weltweit agierenden Kapital international koordinierte Arbeitskämpfe entgegensetzen, denn während es das Kapital bestens versteht, sich international zu vernetzen, ist das den Gewerkschaften bis dato noch nicht gelungen. Vergessen werden darf dabei nicht, dass die ständig angeführte Ohnmacht vor dem globalisierten Kapitalismus auch ein Produkt der Politik ist: durch Standort- und Beschäftigungswettbewerb können die großen Konzerne Länder gegeneinander ausspielen und die Menschheit erpressen. Produktionsstandorte können aber nicht ständig und auch nicht nach Belieben verlagert werden, da Kosten entstehen und geeignete Infrastruktur und Arbeitskräfte vorhanden sein müssen. Die internationale Solidarität der Arbeiterklasse muss den Erpressungsversuchen und dem Lohndumping der Konzerne weltweit den Kampf um Standards für Lohnhöhe, Arbeits- und Sozialrecht sowie Umweltschutz entgegenstellen. Öffentliches Eigentum stellt ebenfalls einen zentralen Widerstandspunkt gegen die Offensive des Kapitals dar. Es ermöglicht nicht nur der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse abseits von Profitgier, sondern entzieht dem Kapital auch Bereiche, in denen es ArbeiterInnen und ganze Staaten

gegeneinander ausspielen kann. Gewerkschaften müssen auch für eine Umverteilung des Reichtums, Existenzsicherheit für die gesamte Menschheit sowie in letzter Konsequenz für die Abschaffung des kapitalistischen Gesellschaftssystems und des vorherrschenden Lohnsystems kämpfen. Ansonsten bleibt gewerkschaftlicher Kampf Stückwerk, Errungenschaften und Solidarität müssten täglich aufs Neue erkämpft und verteidigt werden.

Jedoch haben es klassenkämpferische Positionen im sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftswesen in Österreich nicht gerade leicht. Im Sumpf der Sozialpartnerschaft von ihren Mitgliedern entfremdet, tauschen Gewerkschaftsgrößen seit Bestehen der Zweiten Republik die Interessen der ArbeiterInnen gegen ein bisschen Mitgestaltungsspielraum und Macht ein. Die Sozialpartnerschaft war seit jeher ein Projekt der Entpolitisierung der österreichischen Arbeiterklasse und der Zerschlagung ihrer kämpferischen Strukturen bei gleichzeitiger Umverteilung des Reichtums hin zu den wirtschaftlichen Eliten und den Mächtigen. Selbst nachdem sie spätestens mit der ÖVP/FPÖ-Regierung radikal aufgekündigt wurde, halten die Gewerkschaftsbosse am ideologischen Grundsatz der Sozialpartnerschaft fest. Sie lassen sich von der Wirtschaft in einer Anpassungsspirale von Standort- und Beschäftigungssicherung fangen, indem sie arbeits- und sozialrechtliche Verschlechterungen mittragen. Mittel- und langfristig können die Gewerkschaften dabei nur verlieren, ganz zu schweigen von den Lohnabhängigen.

Für uns KommunistInnen ergibt sich daraus der zwingende Grund, revolutionäre Positionen in der Gewerkschaft zu erkämpfen und tagtägliche Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Auch wenn von den Gewerkschaftsbossen mit allen Mitteln versucht wird, revolutionäre Positionen aus den Gewerkschaften fernzuhalten und sie stattdessen auf einen faulen Frieden mit dem Kapital setzen und so die Versöhnung von Wölfen und Schafen predigen. Die zurzeit sinnvollste Möglichkeit konsequente Gewerkschaftsarbeit zu leisten liegt im Betrieb und in der Kandidatur um Jugendvertrauens- und Betriebsratsmandate. Von dort aus kann am ehesten Widerstand entwickelt und linke Positionen können in Gewerkschaften hineingetragen werden. Teils beachtenswerte Erfolge von Basiskandidaturen, Gewerkschaftlichem Linksblock oder der Liste Komintern zeigen, dass es Platz für gewerkschaftlichen Widerstand gibt. Solange jedoch die Führung des ÖGB nicht auf eine konsequente, kämpferische Gewerkschaftspolitik umsteigt und nicht mehr den Handlanger der Unternehmen spielt, sind den Handlungsmöglichkeiten einzelner GewerkschafterInnen Grenzen gesetzt. Deshalb ist es unerlässlich auch innerhalb des ÖGB für Veränderung zu kämpfen!

Widerstand braucht Organisation, Strategie und Perspektive! Um der Offensive des Kapitals die Stirn zu bieten und das Ruder wieder herumzureißen, ergeben sich zahlreiche Aufgaben, die nicht alle von einer Gewerkschaft gelöst werden können. Vor allem die Komplexität des Kampfes der Arbeiterbewegung und dessen internationale Dimension machen eine Organisation mit langfristiger Strategie und revolutionärer Perspektive unumgänglich. Die KJÖ versteht sich als eine solche Organisation und bringt daher auch ihre Erfahrungen und Perspektiven in gewerkschaftliche Zusammenhänge ein. Heute heißt das für uns vor allem massiven Druck von links innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften zu organisieren. Der ÖGB muss in eine strategisch und politisch unabhängige, klassenkämpferische und internationalistische Interessensorganisation verwandelt werden.

# BILDUNG IM IMPERIALISMUS

“

Deshalb können die Verteidiger des Kapitalismus nicht daran interessiert sein, konsequente und universelle Wissenschaftlichkeit vorbehaltlos zu verbreiten und zu popularisieren; ist es doch für ihre Profitinteressen erforderlich, wesentliche Fakten und Zusammenhänge zu verhüllen und zu verleugnen.

Walter Hollitscher: Was heißt Fortschritt?, in: Für und Wider die Menschlichkeit, 1977.



## **Bildung und Klassencharakter im Kapitalismus**

Die weltweite Macht der kapitalistischen Konzerne und Monopole übt auch bestimmenden Einfluss auf unser Ausbildungssystem aus, werden hier doch die Arbeitskräfte von morgen herangezogen. Es wird klar deutlich, dass unsere Schulen dienen, die kapitalistische Propaganda der Herrschenden in die Köpfe der Jugendlichen zu tragen.

Der Traum, dass sich der Bereich der Bildung eine gewisse Eigenständigkeit gegenüber der Privatwirtschaft erhalten konnte, ist schon lange zu Ende. Spätesten seit Ende der 90er Jahre ist es ein offenes Geheimnis: unser Bildungssystem soll nach und nach vollständig privatisiert und privatkapitalistischen Interessen untergeordnet werden.

Dieses System zielt darauf ab, die in unserer Gesellschaft bestehende soziale Trennung auch im Zugang zu Bildung aufrecht zu erhalten und qualitativ hochwertige und umfassende Bildung zu einem Privileg einer geringen Oberschicht zu machen. Nur ihre Kinder sollen sich dieses Privileg aneignen können und so zur neuen Elite, die künftig unser Staats- und Wirtschaftsleben lenken soll, herangebildet werden.

Die Verwandlung von Bildung in eine Ware führt jedoch nicht nur zu Elitenbildung, sondern bewirkt außerdem, dass demokratische Mitspracherechte in Schulen, Universitäten und Berufsschulen kaum vorhanden sind, sowie, dass sich Lehrinhalte vermehrt nach ihrer unmittelbaren Verwertbarkeit für die UnternehmerInnen richten und demgegenüber Allgemeinbildung und emanzipatorische Inhalte in den Hintergrund treten.

Wir als KommunistInnen haben eine andere Herangehensweise zu Bildung: Für uns soll sie nicht nur eine umfassende Vorbereitung auf möglichst viele Bereiche der Produktion und Arbeitswelt darstellen, sondern auch eine Vorbereitung für das Leben und die Gesellschaft bieten sowie einer umfassenden Entwicklung der Persönlichkeit dienen. Nur eine fundierte Bildung und Ausbildung, die die Zusammenhänge und Funktionsmechanismen unseres alltäglichen Lebens und unserer Gesellschaft durchleuchtet, ermöglicht es uns, diese Gesellschaft auch nach unseren Vorstellungen und Bedürfnissen zu verändern.

Die Situation an den öffentlichen Schulen wird derzeit immer dramatischer. In überfüllten Klassenräumen wird hier gerade so viel Bildung vermittelt, wie später von den KapitalistInnen benötigt wird, um daraus Profit zu schlagen. Dies stellt natürlich nicht im Entferntesten eine umfassende Ausbildung dar und ist auch keine Garantie für einen späteren Arbeitsplatz. Nicht nur, dass die öffentlichen Schulen finanziell immer stärker ausgehungert, während immer mehr private Eliteschulen errichtet werden, tritt der Auslesecharakter von „Reform“ zu „Reform“ stärker zutage.

Als KommunistInnen treten wir für kostenlose und gleiche Bildung für alle ein, das Wesen der Privatschulen steht dem feindlich gegenüber. Vor allem werden vom Staat konfessionelle Privatschulen gefördert, wir stehen jedoch für einen freien Bildungszugang, unabhängig von Religionszugehörigkeit. Die Schulen müssen ein Ort sein, der frei von religiöser Symbolik ist, in dem jedoch jede/r SchülerInn Zugang zu unkonfessionellem Ethikunterricht hat.

Was die öffentliche Schulausbildung im Konkreten betrifft, so müssen hier zunächst die an den Schulen praktizierten Formen der Wissensvermittlung hinterfragt werden. Die heute immer noch gängigen Lehrmethoden, wie Frontalunterricht in überfüllten Klassenräumen, mangelnde Mitsprachemöglichkeiten der SchülerInnen sowie Leistungsdruck durch ständige Tests und Prüfungen nach einem überholten und absurden Benotungssystem führen nicht nur dazu, dass der Schulalltag von den meisten Auszubildenden als höchst unangenehm empfunden wird, sondern sind auch hochgradig ineffektiv. Der Polytechnische Lehrgang nimmt hier besonders die Rolle einer absolut nutzlosen Institution ein, weder bereitet er SchülerInnen auf die spätere Karriere vor, noch bietet er Anreize, sich weiterzubilden.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass die öffentlichen Schulen seit längerer Zeit nicht mehr kostenlos sind. Selbsthalte bei Schulbüchern, Fahrtkosten sowie die Kosten für Nachhilfestunden, die immer mehr Jugendliche in Anspruch nehmen müssen, belasten vor allem sozial schwächere Familien und erhöhen den sozialen Druck auf viele Jugendliche, nach der Pflichtschulzeit arbeiten zu gehen. Die öffentlichen Schulen können allerdings auch kaum einen geregelten Schulbetrieb mit entsprechenden Lehrmaterialien aufrechterhalten, ohne die SchülerInnen als Geldquelle anzuzapfen.

Damit wird öffentlich, dass auch die soziale Lage von SchülerInnen entscheidend ist, wie der weitere Schulweg abläuft.

Demgegenüber treten wir für die Nutzung fortschrittlicher und moderner Lehrmethoden ein, wie beispielsweise Gruppenarbeit und projektbezogenes Lernen, sowie für die Abschaffung des momentanen Beurteilungssystems. Klar ist dabei, dass für solche Unterrichtsformen auch die nötigen Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, wie z.B. deutlich weniger SchülerInnen pro LehrerIn, sowie eine Aufwertung und Intensivierung der pädagogischen Fähigkeiten und Kenntnisse der LehrerInnen. Zudem muss der Konkurrenzdruck unter den SchülerInnen beseitigt werden, sowie gleichzeitig die noch immer bestehende Mann-Frau-Selektion, sowohl beim Lehrpersonal als auch bei der Behandlung und Benotung der SchülerInnen aufgebrochen werden.

Unter diesen Bedingungen kann die Schule auch ihre soziale Funktion wahrnehmen, das heißt z. B. sinnvolle Freizeitaktivitäten anbieten, eine Anlaufstelle für Jugendliche bei Problemen darstellen sowie solidarische Umgangsformen vermitteln. Die laufende Schulpolitik geht jedoch in die entgegengesetzte Richtung. So werden autoritäre Elemente des Unterrichts vorangetrieben, z.B. durch Schulordnungen die alles andere als demokratisch zustande kommen.

Eine Form der Bildungsprivatisierung, die die Schulen betrifft, ist das "Schulsponsoring", das den Unternehmen eine direkte Einflussmöglichkeit auf das Schulleben und die Lehrinhalte bietet. Hier wird bewusst die Schule als Werberaum genutzt, um die SchülerInnen zu jeder Tageszeit mit sinnfreien Konsumaufrufen zu bombardieren. Oftmals werden sogar SchülerInnen diskriminiert, die keine Produkte beim Schul"sponsor" kaufen.

Eine viel diskutierte Frage in diesem Zusammenhang ist die "Schulautonomie". Auch wenn dezentrale Entscheidungskompetenz an sich nichts Schlechtes ist, so bewirken die Maßnahmen in Richtung Schulautonomie unter heutigen Bedingungen keineswegs ein Mehr an Mitspracherecht von SchülerInnen, sondern viel eher eine vermehrte Einflussnahme von Unternehmen auf die Schulen, da angesichts der massiven Einsparungen die Schulen dazu genötigt werden, Kooperationen mit Unternehmen einzugehen.

In SchülerInnenbewegungen, europaweiten Bündnissen, in der gewerkschaftlichen und gesetzlichen Interessenvertretung und in anderen Bereichen setzt sich die KJÖ für ein frei zugängliches und demokratisches Bildungssystem ein. Nur durch ein Bildungssystem, das für alle zugänglich ist und in dem die Auszubildenden wesentlich an der Gestaltung des Unterrichts und der Lehrinhalte mitwirken, kann ein bedeutender Schritt in eine bessere Zukunft gesetzt werden.

## **Lehrlingsausbildung und Berufsschule**

### **Lehrlingsausbildung ist moderne Sklaverei**

Eine besondere Stellung im Bildungssystem nimmt die Lehr- oder so genannte "duale" Ausbildung, die parallele Ausbildung in Berufsschule und Betrieb, ein. Nirgendwo im Bildungsbereich treten der Charakter des kapitalistischen Staates und der Konzerne so offen auf.

Der weitaus größere Teil der mangelhaften Ausbildung findet in den kapitalistischen Betrieben selbst statt und ist somit unmittelbar nach Kapitallogik organisiert. Was zählt, ist nicht der Ausbildungsnutzen für den Lehrling, sondern der Profit für das Unternehmen.

Nach der Zerschlagung der verstaatlichten Industrie in Österreich und dem folgenden Verlust von gut 50.000 Lehrstellen – mit der Konsequenz, dass immer mehr Lehrlinge ohne Ausbildungsplatz sind – kam es zu einer weiteren Verschärfung der Situation.

So führte die gesteigerte Jugendarbeitslosigkeit zu einer Erhöhung des Drucks auf die Lehrlinge, ihren Ausbildungsplatz auch unter schlimmsten Bedingungen zu behalten.

Die Krise des dualen Ausbildungssystems wurde durch das Lehrlingengesetz aus dem Jahr 2000 weiter verschärft, mit dessen Auswirkungen den meisten Lehrstellensuchenden die Chance auf eine sinnvolle Ausbildung genommen wird und die Lehrlinge zu möglichst billigen Hilfskräften der Betriebe, zu "modernen Sklaven", degradiert werden.

Auch die Vorschläge der neuen Regierung, beispielsweise bezüglich der Aufweichung des Lehrlingskündigungsschutzes, verheißen nichts gutes für die Ausbildungs- und Arbeitssituation der Lehrlinge.

Gerade angesichts der heute immer häufigeren, meist erzwungenen Wechsel des Arbeitsplatzes und der Arbeitsanforderungen, ist besonders bei der Lehre die Ausbildung in "Flächenberufen" notwendiger denn je, das heißt eine fundierte Fachausbildung in Bezug auf ein breiteres Berufsbild oder benachbarte Berufe. Ansätze in diese Richtung werden jedoch viel zu wenig entwickelt und verallgemeinert.

In weiterer Folge sind auch die Weiterbildungsmöglichkeiten nach absolvierter Lehre sehr begrenzt. Für viele Jugendliche sind sie schon wegen des zeitlichen Aufwands problematisch, die finanziellen Kosten machen sie für einen weiten Teil der Jugendlichen unzugänglich.

Gerade bei der Lehrlingsausbildung werden nach wie vor tradierte Geschlechterrollen fortgeschrieben. Während junge Frauen vermehrt in Lehrberufen wie Friseurin, Verkäuferin, Sekretärin beschäftigt werden, fallen technische Lehrberufe in erster Linie den männlichen Lehrlingen zu.

Für uns ist die duale Ausbildung nicht die einzig mögliche Organisationsform des polytechnischen Gedankens, der parallelen Vermittlung von beruflichen Kenntnissen und Fähigkeiten sowie von allgemeinem Wissen. Wir treten ein für eine polytechnische Gesamtschule, die frei zugänglich und nach demokratischen und sozialen Gesichtspunkten gestaltet ist. Dies ist auch die erste Grundvoraussetzung für die Aufhebung traditioneller Rollenbilder und für die langfristige Befreiung der Frau.

### **Unser Ziel: polytechnische Gesamtschule**

Der polytechnische Grundgedanke ist die Idee der Verbindung von Allgemeinbildung und Berufsausbildung bzw. die Aufhebung des Widerspruchs zwischen diesen. Die duale Ausbildung ist dabei nur eine Organisationsform, daneben gibt es auch noch die Form der polytechnischen Gesamtschule: eine einheitliche, theoretisch-geistige und praktisch-technische Ausbildung aller Jugendlichen gemeinsam und mittels einer modularen Oberstufe, mit der Möglichkeit der Differenzierung und Spezialisierung.

Damit wäre die Überwindung der bisherigen Hierarchisierung und Segmentierung im Bildungsbereich möglich, d.h. der Teilung in AHS, BHS, Lehre, etc. Außerdem könnte damit die derzeit extrem geschlechtsspezifische Berufswahl von Mädchen und Burschen leichter aufgehoben werden.

Schließlich geht es um die vollständige und gleichberechtigte Integration der Berufsausbildung in das öffentliche Bildungssystem, um die Durchsetzung eines öffentlichen Berufsausbildungswesens und damit um die Befreiung der Berufsausbildung aus der unmittelbaren Dominanz der Betriebe und somit der Kapitallogik. Generell müsste also das gesamte österreichische Schulsystem und Ausbildungssystem, damit es wirklich allgemeinbildend und emanzipatorisch ist, umgekrempelt werden.

### **Hochschulbildung im Rahmen des Bologna-Prozesses**

Studiengebühren, Zugangsbeschränkungen und Wartelisten sind in Österreich schon zum studentischen Alltag geworden.

Das Universitätsgesetz von 2002 (UG02) bildete nicht nur die Grundlage für massive Verschlechterungen der Hochschulwahlordnung, sondern legte auch den Grundstein für die undemokratische Implementierung des sogenannten „Bologna-Prozesses“ in das österreichische Hochschulsystem. Unter dem Deckmantel europaweit vereinheitlichter Bildungsstandards versteckt sich nichts anderes als ein Mittel zur Durchsetzung von Kapitalinteressen im Bildungssektor.

Der Bologna-Prozess ist ein Instrument der europäischen Kapitalisten, mit dem Ziel Bildung und die Vermittlung derselben zu regulieren und ihren Profitinteressen unterzuordnen.

Bildung wird nicht mehr als für alle Menschen zugängliches Recht, sondern als vom Markt abhängige Ware angesehen. Die Beschränkung des Zuganges zu höherer Bildung für Jugendliche aus der ArbeiterInnenklasse dient der Reproduktion der Eliten, und somit unmittelbar dem Kapital.

Die Maßnahmen der Regierungen, welche in Folge des Bolognaprozesses getroffen wurden und werden, haben einen profitorientierten Hintergrund. Der Zugang zu höherer Bildung soll einigen ausgewählten Eliten vorbehalten bleiben, die Privatisierung des Bildungssektors wird angestrebt.

Gleichzeitig dient die Dreigliedrigkeit der Hochschulbildung in Bachelor, Master und PHD dazu, der breiten Masse der Studierenden nur unzureichende und eben kostengünstige Bildung zu gewähren, welche für das Kapital unmittelbar verwertbar ist. Höhere Qualifikationen kosten mehr, sind demzufolge also nur für ohnehin begüterte Menschen leistbar. Bildung bekommt also nicht nur den Charakter einer Ware, sondern auch einen entsprechenden Preis.

Die von Bologna- Befürwortern vielgerühmte erhöhte Mobilität zeigt sich als Scheinheiligkeit, ist diese – etwa in Form von Auslandssemestern – von den ökonomischen Gegebenheiten der Studierenden abhängig.

### **Widerstand gegen die herrschende Bildungsdoktrin**

Notwendig ist der organisierte Kampf aller SchülerInnen und StudentInnen, das gemeinsame Auftreten im Bund mit der Arbeiterschaft. Als KommunistInnen sehen wir es deshalb als zentral an, sich aktiv in universitären und außeruniversitären, in nationalen und internationalen Bündnissen gegen Bildungs- und Sozialabbau zu beteiligen, sich gegen alle Bemühungen, erkämpfte demokratische Rechte auszuhöhlen, zu stellen. Zentral ist hierbei die politische Arbeit der KJÖ in und an den Schulen, den Schülervertretungen und Schülerbewegungen.

# ANTIFASCHISMUS UND ANTIRASSISMUS

“

Auf Grund der Erschütterung des kapitalistischen Systems und der Verschärfung des Klassenkampfes geht die Bourgeoisie zu neuen, reaktionären Kampfmethoden über, zu den Methoden der Faschisierung des Staatsapparates.

Ernst Thälmann: Die Krise des Kapitalismus in Deutschland, in: Ausgewählte Reden und Schriften, 1976.



NIE WIEDER FASCHISMUS! NIE WIEDER KRIEG!  
AKTIV GEGEN RECHTS!

## Faschismusdefinition

„Faschismus an der Macht [...] ist [...] die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“

Diese Grundbestimmung des Faschismus durch Georgi Dimitroff aus dem Jahr 1935, die in bis heute unübertroffener Form die Wesensmerkmale des Faschismus prägnant zusammenfasst, bildet den immer noch gültigen Kern der marxistisch-leninistischen Faschismustheorie. Eine Charakteristik des Faschismus, wie sie in die Definition Dimitroffs eingeflossen ist, kann allerdings immer nur auf ganz bestimmte, wesensmäßige Züge eines Gegenstandes hinweisen, ohne ihn zur Gänze abzubilden. Bei der Dimitroffschen Faschismusdefinition handelt es sich um eine solche Definition, welche die substantiellsten Merkmale reflektiert, die den Faschismus als Faschismus ausmachen. Faschismus ist demgemäß die offene terroristische Klassendiktatur der reaktionärsten Teile des imperialistisch agierenden Finanzkapitals. Es ist dies nichts anderes als die Diktatur des Kapitals über die Arbeiterklasse.

## Ziele, Funktionen, Methoden des Faschismus

Dimitroffs Theorie systematisiert in trefflicher Weise die Grundzüge des Faschismus: Die faschistische Herrschaft ist die offene terroristische Herrschaftsform der Durchsetzung der Kapitalinteressen, sie ist nicht mehr eine versteckte und gemäßigte wie im bürgerlichen Parlamentarismus. Die oberste (politische) Zielsetzung des Faschismus ist damit die völlige Vernichtung, nicht allein die Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung bzw. der Arbeiterbewegung überhaupt. Dies entspricht der Betonung des Reaktionären bei Dimitroff. Der Kapitalismus ist natürlich immer reaktionär, das heißt er richtet sich immer gegen die Interessen der Arbeitenden und als Arbeitende Ausgebeuteten. Sind diese in Krisenzeiten jedoch nicht mehr durch sozialpartnerschaftliche oder parlamentarische Methoden zu befrieden, so kommt der antidemokratische und repressive Wesenszug des Kapitalismus voll zum Tragen.

In diesem Sinne ist das den Faschismus tragende Finanzkapital auch besonders chauvinistisch, das heißt es maximiert die nationale Unterdrückung, appelliert an den niveaulosesten Nationalismus und impliziert oft rassistische Elemente. Das eigene Volk ist in dieser Logik im Vergleich zu anderen, unterworfenen oder zu unterwerfenden Nationen das am wenigsten ausgebeutete – ausgebeutet wird es aber in jedem Fall. Chauvinismus und Rassismus haben damit im Faschismus eine ideologiestiftende Funktion (Schuldzuweisung durch Stereotypisierung, Verschiebung des Klassenantagonismus auf die Ebene des Biologischen), gehen jedoch auch darüber hinaus: die überwiegende Teile der Kapitalistenklasse im deutschen und italienischen Faschismus waren selbst Chauvinisten, Rassisten und Antisemiten, da diese Ideologie ihrem aggressiven Expansionsstreben am Nachdrücklichsten entsprach. Als Rassisten haben sie jedoch niemals ihren fundamentalsten kapitalistischen Interessen zuwider gehandelt, sondern umgekehrt die rassistische Ideologie nahtlos in ihr Expansionsstreben integriert. Der Faschismus ist damit nicht nur besonders reaktionär und chauvinistisch, sondern auch besonders imperialistisch. Er steht für Aggression nach außen, für Militarismus und Krieg, letztlich auch im Sinne des imperialistischen Kampfes um die globale Hegemonie, wenn er über die dafür nötigen Mittel verfügt – die deutschen und italienischen Faschisten haben diesen Weltherrschaftsanspruch auch offen formuliert.

## Wesensinhalt des Faschismus: sein Klassencharakter

Die nicht-marxistisch-leninistischen Theorien bestimmen den Klassencharakter der faschistischen Bewegung und faschistischen Regime gewöhnlich nach der sozialen Zusammensetzung ihrer Massenbasis und ihrer Führungskader sowie nach ihrer Ideologie bzw. ihren Propagandalosungen. Dementsprechend gelangen sie zu dem Ergebnis, der Faschismus sei eine Bewegung bzw. eine Diktatur der abstiegsbedrohten Teile des Mittelstandes und des sogenannten Lumpenproletariats und Ähnliches. Der marxistisch-leninistische Faschismusbegriff dagegen geht davon aus, dass die einzig mögliche Methode, den Klassencharakter einer politischen Bewegung festzustellen, darin besteht, diese Bewegung nach ihrer Tätigkeit, nach ihrer Politik zu beurteilen, also danach, die Interessen welcher Klasse diese Politik zum Ausdruck bringt und im politischen Handeln verfolgt. Sie betrachtet also als entscheidendes Kriterium für die Bestimmung des Klassencharakters des Faschismus seine Politik. Ein solches Vorgehen müsste eigentlich selbstverständlich sein, pflegt man doch auch einen Menschen nicht danach zu beurteilen, wofür er sich selbst hält oder ausgibt, sondern danach, wie sein Handeln beschaffen ist. Aber die Feststellung von Marx in der „Deutschen Ideologie“ hat leider noch immer Geltung: „Während im gewöhnlichen Leben

jeder Shopkeeper sehr wohl zwischen dem zu unterscheiden weiß, was Jemand zu sein vorgibt, und dem, was er wirklich ist, so ist unsere Geschichtsschreibung noch nicht zu dieser trivialen Erkenntnis gekommen.“

Die abstrakte Rede vom Klassencharakter des Faschismus bedeutet konkret: Wem nützt der Faschismus an der Macht? Er nützt eben nicht der Arbeiterklasse, selbst wenn nicht unbeträchtliche Teile eben dieser der Verblendungstaktik faschistischen Parteien aufgesessen sind und dem Faschismus in manchem Land zu einer gewissen Massenbasis verholfen haben (etwa im Falle Deutschlands und Italiens, nicht jedoch bezogen auf Österreich oder Spanien). Die Klassenposition der ArbeiterInnen gegenüber den Kapitalisten hat sich in allen faschistischen Systemen sukzessive verschlechtert, während die einzelnen Mitglieder der Kapitalistenklasse zu den größten Profiteuren im Faschismus wurden. Die Liste derjenigen, die beispielsweise im deutschen Faschismus ihren Reichtum begründeten oder massiv ausweiteten, ist nahezu endlos – verwiesen sei hier nur auf den erst vor wenigen Jahren verstorbenen reichsten Bürger Österreichs, Friedrich Karl Flick, dessen Vater sein sogenanntes „Glück“ mit der Ausbeutung jüdischer und osteuropäischer Zwangsarbeiter machte. Dies sind keine zufälligen Einzelschicksale, sondern biografische Karrieremuster, die sich nur vor dem Hintergrund allgemeiner struktureller Bedingungen des Faschismus herausbilden konnten.

### Vergleich und Vergleichbarkeit faschistischer Regime

Die gegenwärtige Diskussion ist charakterisiert durch die Diskreditierung der marxistisch-leninistischen Faschismustheorie und damit einhergehend durch die Absage an einen allgemeinen Faschismusbegriff. Als Konsequenz begegnen uns tagtäglich aufs Neue die immer gleichen alten Mutmaßungen über den Charakter faschistischer Regimes: als Faschismus im eigentlichen Sinn könne etwa nur der italienische Faschismus gelten; der Nationalsozialismus sei kein faschistisches System und damit Klassenstaat, sondern ein auf dem ideologischen Fundament des Antisemitismus basierender Rassenstaat gewesen; Spanien müsse sowieso als Sonderfall angesehen werden und der Austrofaschismus sei im schlimmsten Fall als Form autoritärer Herrschaftspraxis aufzufassen. Gemein ist allen diesen einen allgemeinen Faschismusbegriff zurückweisenden Sichtweisen, dass sie die je konkreten Besonderheiten des einen oder anderen faschistischen Systems zum generellen Kennzeichen des Faschismus bzw. in Folge Nicht-Faschismus hochstilisieren und mit einem derart rigiden Singularanspruch versehen, dass eine generelle Bestimmung von Faschismus vom Grundsatz her bereits verunmöglicht wird. Die marxistisch-leninistische Faschismustheorie geht nicht von den Unterschieden in der Herrschaftspraxis der einzelnen faschistischen Systeme aus, sondern bestimmt den Faschismus streng analytisch, indem sie ihn nach seinem spezifischen Klassencharakter befragt. Erst dies eröffnet in der Folge die Möglichkeit einer transnationalen und komparatistischen Betrachtung der unterschiedlichen faschistischen Systeme, ohne auf einen sie einenden Grundbegriff von Faschismus verzichten zu müssen. Dadurch werden wir nicht nur in die Lage versetzt, den Faschismus in seinen europäischen Varianten und Kontexten zu vergleichen, sondern auch in seinen weltgeschichtlichen Dimensionen zu vergleichen.

Der sogenannte „Nationalsozialismus“ als die reaktionärste, aggressivste, chauvinistischste Form des Faschismus war deshalb weder „national“ (im Sinne einer nationalstaatlich orientierten Politikstrategie, im Sinne etwa der Leninschen Losung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen) noch „sozialistisch“, der „Nationalsozialismus“ war durch und durch Antisozialismus/Antikommunismus und, wie Dimitroff schreibt, „tierischer Chauvinismus“. „Nationalsozialismus“ ist der Name, den sich die faschistische Bewegung in Deutschland selbst gegeben hat – dass er nach 1945 als analytische Kategorie Einkehr in die wissenschaftliche und politische Diskussion gefunden hat, ist nicht zuletzt auf das politische Interesse der Westblockstaaten zurückzuführen, eine semantische Gleichsetzung von Realsozialismus und Nationalsozialismus und damit eine schon auf der Ebene der verwendeten Terminologie einsetzende Diskreditierung des ersteren ganz im Sinne der Totalitarismustheorie herbeizuführen.

### Formationsspezifische Bedingungen des Faschismus

Die ökonomische Basis des Faschismus ist der Kapitalismus. Faschismus ist ohne Kapitalismus nicht denkbar. Im antiken Rom hat es keinen Faschismus gegeben, ebenso wenig im Mittelalter. Auch der vormonopolistische Kapitalismus der freien Konkurrenz – oftmals auch als Manchester-Kapitalismus bezeichnet – kannte den Faschismus noch nicht und konnte ihn noch nicht kennen. Der Faschismus ist untrennbar verbunden mit der Entwicklung des Kapitalismus hin zum Monopolkapitalismus/Imperialismus sowie mit dem Erstarken der Arbeiterbewegung als Versuch, die kapitalistische Ordnung zugunsten der Masse der arbeitenden Menschen umzuwerfen.

Kapitalismus bedeutet jedoch noch nicht automatisch Faschismus. Der Faschismus ist aber auch nicht einfach die „aggressive“ Form eines an sich „friedlichen“ Kapitalismus. Im Gegenteil: Der Kapitalismus ist immer schon aggressiv und muss dies auch sein, um die Verwertungsbedingungen des Kapitals und die Sicherstellung der Profite der Kapitalisten zu gewährleisten. Im Monopolkapitalismus wird diese Kapitalverwertung aufgrund der spezifischen Struktur der Monopole nun immer prekärer. Daher bedürfen die Monopole in nationaler Hinsicht der Mobilisierung der ganzen Gesellschaft, international gesehen einer expansiven Eroberungsstrategie, um ihre Profite abzusichern. Diese Absicherung vollzieht sich einerseits durch das Streben nach politischer Alleinherrschaft, nach absoluter Herrschaft über die Gesellschaft unter Ausschaltung aller gegenläufiger Bewegungen (an erster Stelle natürlich der revolutionären Arbeiterbewegung als die entschlossenste und für die Monopole gefährlichste gegenläufige Bewegung), andererseits über eine nach außen gerichtete Aggressions- und Expansionspolitik zur dauerhaften Absicherung der Herrschaftssphäre (Kolonialsystem, imperialistische Kriege, etc.). Dem Monopolkapitalismus/Imperialismus ist somit Gewalt und Antidemokratismus immer schon immanent. Lenin bemerkt hierzu, dass die Kapitalistenklasse „zu jeder Barbarei, zu jeder Bestialität und zu jedem Verbrechen bereit ist, um die untergehende kapitalistische Sklaverei zu erhalten“.

In krisenhaften Zeiten, in denen die wesensmäßigen Widersprüche im Imperialismus zu einer existenziellen Bedrohung des Systems selbst anwachsen (strukturelle Überakkumulation, Massenarbeitslosigkeit, Zuspitzung des Marktproblems) und sich auch der politische Kampf zwischen den Kapitalisten und der Arbeiterklasse in Form eines verschärften Klassenkampfes zuspitzt, ist die Zeit reif für die Entstehung faschistischer Diktaturen. Eine solche existenzielle Bedrohung für den Kapitalismus trat erstmals mit dem Sieg der sozialistischen Revolution in Russland ein, als es der Arbeiterklasse eines Landes erstmals gelang, die kapitalistische Herrschaft zu stürzen. Damit wurde das bislang weltumspannende System des Kapitalismus gebrochen, seine Alleinherrschaft über die Länder und Völker der Welt in Frage gestellt. Die Auswirkungen der sozialistischen Revolution auf die anderen europäischen Länder waren enorm. Die Kapitalisten sahen sich einer immer selbstbewusster auftretenden Arbeiterbewegung gegenüber, die ihre Vorherrschaft zusehends in Frage stellte. Sie benötigten daher faschistische Regime als neue politische Waffe in ihrem Kampf gegen die Arbeiterklasse.

Hierin zeigt sich auch das dezidiert politische Moment der Entstehung des Faschismus: er bildet sich nur zu bestimmten Zeiten unter ganz bestimmten Voraussetzungen heraus, in denen – plakativ formuliert – der Kapitalismus gewissermaßen sein Ende kommen sieht. Immer dort, wo sich die krisenhafte Entwicklung des Monopolkapitalismus mit einer allgemeinen politischen Krise und dem Erstarken der revolutionären Arbeiterbewegung verbindet, so dass letztere in die Lage versetzt wird, einen systemüberwindenden Machtanspruch zu stellen, bedarf die Kapitalistenklasse faschistischer Systeme, um ihre eigene gesellschaftlich-ökonomische Vormachtstellung abzusichern. Doch nicht nur durch die fundamentale Bedrohung des Kapitals durch das Erstarken der revolutionären Arbeiterbewegung werden faschistische Systeme installiert. Denn selbst wenn der bürgerliche Parlamentarismus nicht mehr in der Lage ist, durch die imperialistischen Widersprüche den tendenziellen Fall der Profitrate der eigenen nationalen KapitalistInnenklasse mit gegen die arbeitende Bevölkerung gerichtete „Reformen“ zu bremsen, muss das Kapital auf faschistische Systeme zurückgreifen. Deshalb muss es ruhig sein an der Heimatfront, damit man ungestört seine wirtschaftlichen und außenpolitischen Interessen verfolgen und durchsetzen kann, wenn nötig auch durch Krieg.

Darum waren es zuallererst die RepräsentantInnen der kommunistischen Bewegung, die den faschistischen Verfolgungen zum Opfer fielen, damit erklärt sich auch die von Beginn an erbarmungslose Jagd der Faschisten auf die Mitglieder und FunktionärInnen der kommunistischen Parteien (das erste KZ des deutschen Faschismus in Dachau wurde in erster Linie zur Inhaftierung politischer Gegner errichtet). Ist die kommunistische Bewegung im Sinne Lenins die Vorhut der Arbeiterklasse, so besteht die eigentümliche Charakteristik faschistischer Bewegungen eben darin, Vorhut der Kapitalistenklasse während der Krise des Kapitalismus zu sein. In der heutigen Zeit reichen allerdings die Mittel des bürgerlichen Parlamentarismus (noch) aus, um das an sich kriminelle System des Kapitalismus aufrechtzuerhalten (Gründe: Sozialpartnerschaft, Verbürgerlichung der sozialdemokratischen Parteien, etc.).

Man sieht jedoch auch deutlich, dass Faschismus immer eine Alternative für die Kapitalistenklasse darstellt. Denn nicht anders ist es zu verstehen, weshalb faschistische Organisationen und Parteien, die ja eindeutig positiv auf die Zeit in Deutschland und Österreich zwischen 1933 und 1945 Bezug nehmen, nicht verboten werden, wie das Beispiel der deutschen NPD oder Organisationen des österreichischen Neonazismus zeigen. Sie werden warm gehalten, um im Fall der Fälle dem Kapital als Option Gewehr bei Fuß zu stehen. Daher sollte der Kapitalismus nicht einfach mit Faschismus gleichgesetzt werden, wie dies viele trotzkistische Positionen in Abkehr einer konkret-geschichtlichen Analyse versuchen.

## **Der Faschismus an der Macht: Rassismus, Antisemitismus, Vernichtung**

Faschismus bedeutet als offene, terroristische Form der Herrschaftsausübung immer Krieg. Dies muss, wie etwa im Fall des Austrofaschismus, nicht militärische Aggression nach außen bedeuten – in jedem Fall aber bedeutet es Aggression nach innen im Sinne der Verfolgung und letztlich Vernichtung politischer Gegner, der völligen Gleichschaltung der gesellschaftlichen Institutionen, etc. Die erste Opfergruppe in faschistischen Systemen gehörte damit jenen Organisationen an, die am entschlossensten und kompromisslosesten die Machterlangung und Herrschaftsausübung der Faschisten bekämpften: die kommunistischen Parteien. Allein in Österreich sind so in der Zeit von 1938 bis 1945 über 2.000 Mitglieder der Kommunistischen Partei im Widerstand gegen den deutschen Faschismus umgekommen.

Während die Verfolgung und Ermordung der kommunistischen und anderer politischer Gegner des Faschismus noch relativ leicht aus der Logik faschistischer Herrschaft ableitbar ist, hat die systematische Verortung des Rassismus und Antisemitismus bzw. in Folge der Massenvernichtung jüdischen Lebens immer wieder Probleme aufgeworfen. Die These, wonach der Antisemitismus das entscheidende Kriterium für faschistische Bewegungen ist und alle faschistischen Bewegungen, die nicht antisemitisch im Sinne des deutschen Faschismus agierten, gar nicht faschistisch genannt werden dürften, ist nachdrücklich zurückzuweisen. Antisemitismus und Rassismus erfüllen als ideologische Momente eine ganz bestimmte Funktion innerhalb der Expansionspolitik des Faschismus, müssen von diesem jedoch nicht zwangsläufig ausgebildet werden. Anders gesagt: Der Aggressions- und Expansionsgedanke ist dem Kapitalismus und damit dem Faschismus immanent, in welcher Form er jedoch konkret zum Ausdruck kommt, hängt von den jeweils historischen Bedingungen ab.

In der Rassenideologie des deutschen Faschismus erstand so etwa auf dem Boden der historischen Erfahrungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine naturwissenschaftlich verkleidete Begründung des Machtstrebens des deutschen Finanzkapitals, das so die naturwissenschaftliche Bedingtheit und Notwendigkeit seiner Handlungen nachwies. An Stelle des demokratischen Gleichheitsideals des bürgerlichen Parlamentarismus trat ein oligarchisches Herrschaftsideal im Dienste konkreter Expansionsinteressen. Der deutsche Faschismus bildete ein ebenso bestialisches wie in dieser Bestialität rigides Gebilde eines Rassenantisemitismus aus, das in Folge in der industriell betriebenen Vernichtung von sechs Millionen Juden und, wenn auch nicht auf industriellem Wege, einer zumindest ebenso großen Anzahl an Menschen slawischer Abstammung gipfelte (Stichwort: Vernichtungskrieg im Osten!).

Ausschlaggebend für diese Völkermordpolitik, die die Juden als erste Gruppe, jedoch von der allgemeinen Konzeption her nicht als letzte treffen sollte, waren neben der unmittelbaren Voraussetzung einer terroristischen Diktatur vor allem zwei Faktoren: Das generelle bestialische Syndrom sowie ein konkret-ökonomisches Wirtschaftsdenken der deutschen Faschisten. Es ist ganz einfach so, dass es ein Vernichtungsdenken innerhalb der SS und darüber hinaus gab, das auf die Möglichkeit des Zuschlagens, der Ausmerzungen, der Austilgung im Krieg wartete. Es ist jedoch zweitens eine historische Evidenz, dass wirtschaftspolitische Strategien bei diesen Vernichtungsstrategien eine entscheidende Rolle spielten. Am deutlichsten zeigt sich dies am Beispiel des Generalgouvernements, des besetzten Restpolens: Dort wurde eine wirtschaftspolitische Konzeption entwickelt, die darauf hinauslief, dieses Generalgouvernement aus eigener Kraft wirtschaftlich zu entwickeln. Dazu wollte man eine deutsche Führungsschicht im Kollaborationsbündnis mit der polnischen Bevölkerung, insbesondere mit den polnischen Bauern und Handwerkern, dauerhaft etablieren und wirtschaftspolitisch absichern, indem man den sogenannten jüdischen Sektor im Generalgouvernement „zusammenpresst“, wie die einschlägige Formulierung in den Planungspapieren des deutschen Wirtschaftsstabes hieß. Es war eine Strategie der Kapitalakkumulation auf der Basis einer Massenvernichtung.

Zudem ist generell mit einzubeziehen, dass die soziale Enteignung, die Pauperisierung der jüdischen Bevölkerung vor dem Krieg im Kontext einer Spekulationskonjunktur stand, wo innerhalb der weiterhin depressionsgeschüttelten Wirtschaft plötzlich Ventile geöffnet worden sind, die neue wirtschaftspolitische Karrieren ermöglichen konnten (Stichwort: Flick!). Nur in diesem Kontext des Zusammenlaufens verschiedenster Faktoren ist der Holocaust in seiner historischen Form erklärbar.

## **Rechtsextremismus und Faschismus heute**

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.“ Das schworen die Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald nach ihrer Befreiung. Als junge KommunistInnen greifen wir diesen Schwur auf und kämpfen mit allen Mitteln und auf allen Ebenen gegen jede Form von Faschismus, Rassismus und Antisemitismus.

## Die etablierte Rechte

Die augenscheinlichste Gefahr bildet gegenwärtig die etablierte Rechte, allen voran die FPÖ. Setzte sich diese vor der Spaltung des rechten Lagers in FPÖ und BZÖ im Jahr 2005 aus einem rechtsextremen und einem rechtsliberalen Flügel zusammen, wird die Partei seither von ersterem dominiert. Mit den Mitteln der rassistischen Verhetzung und der sozialen Demagogie treibt sie die Spaltung der Arbeiterklasse voran, während sie sich gleichzeitig als Vertreterin des „kleinen Mannes“ präsentiert. Damit soll den Lohnabhängigen die Waffen der Solidarität und des gemeinsamen Handelns aus der Hand genommen werden. Entgegen ihrer Selbstdarstellung ist die FPÖ eine Partei deren Kaderpersonal sich vorwiegend aus Freiberuflern und Gewerbetreibenden zusammensetzt und welche offen die Interessen des Großkapitals vertritt. Dafür wurden und werden seitens einzelner Unternehmen als auch von monopolkapitalistischen Zusammenschlüssen nicht unbeträchtliche Summen zur Subventionierung rechter Parteien, allen voran eben der FPÖ, aufgewendet. Erkauft wird damit gegenwärtig in erster Linie eine Politik, die durch Spaltung jegliche Versuche von effektivem Widerstand gegen die asoziale Politik des Monopolkapitals und seiner Vertreter im Keim ersticken soll und die von den Kapitalisten gefürchtete Möglichkeit ökonomischer und politischer Kämpfe ausschalten soll.

Die FPÖ trug mit ihrer rabiat rassistischen, islamfeindlichen und zumindest verdeckt antisemitischen Politik wesentlich zu einer Verschiebung des gesellschaftlichen Konsenses nach rechts bei – Unterstützung fand sie dabei vor allem bei der auflagenstärksten österreichischen Tageszeitung, der „Krone“; ÖVP und SPÖ folgten diesem Kurs. Immer unverfrorener bekennt sich die FPÖ auch zum historischen Faschismus und geht im Gegensatz zur früheren Praxis auch kaum mehr auf Distanz zum offenen Neonazismus.

## Neonazismus

Im Windschatten der gesamtgesellschaftlichen Rechtsentwicklung erstarken unter der vielfach schützenden Hand des etablierten Rechtsextremismus auch offen neonazistische Kräfte. Diese schrecken bereits jetzt nicht vor gewalttätigen Auseinandersetzungen zurück. Für den Fall, dass das Monopolkapital abermals in der einen oder anderen Form die faschistische Karte ausspielt, stünden diese als Kampfhunde bereit. Einende Klammer zwischen etablierter Rechter und Neonazismus stellen die typischen Merkmale des Rechtsextremismus dar. Ein autoritäres und patriarchal geprägtes Weltbild, gespeist aus antiliberalem und antikommunistischem Denken, an das sich Rassismus und Nationalismus reihen und welches sich „Volksgemeinschafts“-Denken und Geschichtsrevisionismus bedient.

## Die konservative Gefahr

Absurd wäre es zu glauben, dass der Faschismus, der an der Macht „die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ (Dimitroff) bedeutet, auch im zweiten Anlauf ausschließlich in den einstigen Farben und Uniformen daher kommen könne.

Nicht übersehen werden darf daher die Gefahr, die vom Konservativismus, insbesondere seinen reaktionärsten Elementen, ausgeht. Dieser arbeitet als gegenwärtig bevorzugte politische Vertretung des Monopolkapitals bereits jetzt auf eine immanente Faschisierung der Gesellschaft hin. Dies geschieht mittels Ausweitung der Überwachungsmethoden und Einschränkung sozialer und demokratischer Rechte, Einführung sogenannter „Anti-Terror-Gesetze“, die jederzeit auch gegen die Linke eingesetzt werden können, oder kontinuierlicher Verschärfung der Asylgesetzgebung. Zur Rechtfertigung dessen bedient man sich einer weitgehend gleichgeschalteten Medienlandschaft, die die bürgerliche Ideologie in die Köpfe hämmert.

In Österreich gilt zudem nicht nur dem rechten Rand der ÖVP eine Koalition mit der FPÖ auch heute als logischer Pakt für eine „bürgerliche Regierung“. Eine Neuauflage der schwarzblauen Koalition wäre angesichts der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus wie auch der scharfen Rechtsentwicklung der FPÖ anders einzustufen als die Regierungen zwischen 2000 und 2006.

Eine unmittelbare Gefahr der Gegenwart ist die mögliche Installierung militärfaschistischer Regime in den abhängigen, vor allem südamerikanischen Ländern durch die Unterstützung der aggressivsten imperialistischen Mächte.

## **Hand in Hand gegen den Faschismus**

Das wirksamste Mittel im Kampf gegen Rechtsextremismus und Faschismus sehen wir in der Schaffung einer starken, klassenkämpferischen Linken. Eine solche kann der rassistischen Verhetzung die Betonung der gemeinsamen Interessen der gesamten Arbeiterklasse gegenüberstellen, der sozialen Demagogie kann sie durch entschlossenes Eintreten für soziale und demokratische Rechte den Boden entziehen. Weiters orientieren wir auf die Schaffung breiter Aktionseinheiten, in die alle antifaschistischen und demokratischen Kräfte eingebunden sind.

Unsere Aufgabe als KommunistInnen ist es, der Spaltung der Arbeiterklasse, der Tendenz zur Faschisierung sowie dem Aufstieg der Rechten entgegenzutreten. Nur im gemeinsamen Kampf aller antifaschistisch gesinnten Menschen in Österreich, in enger Verbundenheit mit der internationalen Arbeiterbewegung, wird die mögliche Gefahr der Installierung eines faschistischen Regimes in Österreich verhindert werden können. Denn erst durch die revolutionäre Überwindung des kapitalistischen Systems werden jene Kräfte, die sich in Krisensituationen des Faschismus zur Zerschlagung revolutionärer Bewegungen und Sicherung ihres Profits bedienen, dauerhaft entmachtet. Erst mit der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft wird also die Gefahr von Faschismus und Krieg dauerhaft gebannt werden können.

## **Antirassismus**

Antirassismus ist integraler Bestandteil kommunistischer Politik. Rassismus bedeutet Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Nationalität, äußeren Merkmalen und/oder Sprache. Diese drückt sich in einem offenen ideologischen Rassismus, als Alltagsrassismus und durch dessen strukturelle Form (durch Gesetze, Behörden, im Bildungssystem etc.) aus.

Nach wie vor werden Jugendliche von einem gleichberechtigten Anspruch auf Menschenrechte, wie dem Recht auf Wohnen, Arbeit, Bildung, soziale Grundsicherung und demokratische Mitbestimmung anhand von rassistischen Kriterien ausgegrenzt. Es entsteht dadurch eine Differenzierung zwischen zwei gesellschaftlichen Gruppen, die vom herrschenden System gefördert und dazu benutzt wird, sie gegeneinander auszuspielen. Denn Menschen mit minderen bzw. keinen Rechten und Interessensvertretungen können sich nicht gegen z.B. horrenden Mieten für schlechteste Wohnverhältnisse oder gegen ungesicherte und inoffizielle Arbeitsverhältnisse und Niedrigstlöhne wehren. Für sie bedeutet der Alltag einen Kampf um die Existenz, mit der Unsicherheit, jederzeit und willkürlich abgeschoben zu werden. Unter anderem findet dies seinen Ausdruck auch in der restriktiven Asyl- und Abschiebepolitik, bei der auch politische Flüchtlinge nicht selten in den sicheren Tod zurückgeschickt werden.

Andererseits werden durch Vereine und Parteien gerade die Resultate der strukturell und politisch forcierten Benachteiligung und Diskriminierung benutzt, um offene rassistische Hetze zu betreiben. Für allgemeine Probleme, wie etwa Arbeitslosigkeit, die der Kapitalismus in sich trägt, werden MigrantInnen und ZuwanderInnen der zweiten Generation zu Sündenböcken gemacht. Dadurch wird es möglich, mit offen rassistischen Wahlkampfslogans nicht nur WählerInnenstimmen zu gewinnen, sondern auch die in der Bevölkerung vorhandenen Vorurteile weiter zu verbreiten und zu verstärken. Die eigentlichen Ursachen der gesellschaftlichen Probleme werden verdeckt. Daher ist es für antirassistische Politik in der Analyse unumgänglich, das gesellschaftliche Phänomen des Rassismus mit der kapitalistischen Ordnung zu verknüpfen. Nur durch eine gleichwertige Teilnahme etwa an politischen Rechten und eine an den Interessen der Menschen orientierte Wirtschaftsform ist es möglich, das Fundament für eine antirassistische Gesellschaft zu errichten. Daher ist es wichtig, dieser Differenzierung innerhalb der Gesellschaft zwischen In- und AusländerInnen entgegenzutreten und auf die eigentlichen Ursachen hinzuweisen, die nur gemeinsam überwunden werden können. Aus diesem Grund tritt die KJÖ für eine vollständige Partizipation aller in Österreich lebenden Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben ein.

# FRAUENBEFREIUNG

“ Die Emanzipation der Frau wie die des ganzen Menschengeschlechtes wird ausschließlich das Werk der Emanzipation der Arbeit vom Kapital sein. Nur in der sozialistischen Gesellschaft werden die Frauen wie die Arbeiter in den Vollbesitz ihrer Rechte gelangen.

Clara Zetkin: Für die Befreiung der Frau, 1889.



## **Die Situation ist untragbar!**

Fakt ist: Frauen arbeiten ab September eines Arbeitsjahres in Österreich umsonst, setzt man ihren Lohn in Relation mit dem der Männer. Fakt ist auch: „frauenspezifische“ Berufe werden niedriger bewertet und bezahlt und fast zwei Drittel der Mädchen sind in den drei klassisch weiblichen Lehrberufen (Friseurin, Verkäuferin, Sekretärin) zu finden. Weit mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Frauen arbeitet unter nicht existenzsichernden Bedingungen (geringfügig, schwarz). Darüber hinaus beweist die Sozialforschung, dass Frauen in Österreich eine eigene Risikogruppe in Bezug auf Armut und Arbeitslosigkeit bilden. All diese erschreckenden Tatsachen zeigen einen minderen Status der Frau in der Gesellschaft, auch wenn uns bürgerliche PolitikerInnen oft das Gegenteil weismachen wollen. Die ökonomische Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ist offenbar eine von den Herrschenden dieses Landes akzeptierte Tatsache und Quotenregelungen oder geschlechtergerechte Sprache können und werden an diesen Fakten nichts ändern.

Die Frauen und Mädchen der arbeitenden Klasse kämpfen an mehreren Fronten. Einerseits sind sie gezwungen als Lohnabhängige ihre Arbeitskraft zu verkaufen, andererseits erfahren sie geschlechtsspezifische Benachteiligung, die sich in unterschiedlichen Formen ausdrückt: geringerem Lohn, Abschiebung in bestimmte Berufssektoren, sexuelle Ausbeutung und Fremdbestimmung sowie Geschlechterrollen, die den Frauen einen stets minderwertigen Status gegenüber den Männern zuordnen. Die Doppelbelastung der Frauen der arbeitenden Klasse – bestehend aus Unterdrückung und Ausbeutung – ist eine entscheidende Voraussetzung für die ökonomische, politische und ideologische Funktionalität des Kapitalismus.

## **Historische Betrachtung**

Die Unterdrückung der Frau existierte bereits in allen dem Kapitalismus vorangegangenen, auf Ausbeutung basierenden Gesellschaftsformationen. Historisch fällt sie mit der Entwicklung der ersten Klassengesellschaft zusammen. Die geschlechtsspezifische Unterdrückung hat ihren Ursprung im Entstehen von Eigentumsverhältnissen, die auf der privaten Aneignung von Reichtum und Arbeit beruhen. Patriarchale und ungleiche ökonomische Strukturen waren von Anfang an ineinander verschränkt: Die Familienform der Monogamie gründete auf ökonomischen Bedingungen – der Ablösung des Gemeineigentums durch das Privateigentum und der Einführung der häuslichen Produktionsgemeinschaft als Wirtschaftsform. Mit einer marxistischen Herangehensweise erkennen wir, dass Frauenunterdrückung als historisch gewachsenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern in ihrer je konkreten gesellschaftlichen Ausformung und Eingebundenheit in bestimmte ökonomische Verhältnisse zu analysieren ist.

## **Frauenbefreiung und Kapitalismus**

Obwohl Kapitalismus und Frauenunterdrückung untrennbar miteinander verbunden sind, trägt das kapitalistische Gesellschaftssystem das Potenzial für die ökonomische Gleichstellung der Frauen in sich. Indem es durch die Einbeziehung der Frau in den Produktionsprozess potentiell ihre ökonomische Abhängigkeit untergräbt, entzieht es der geschlechtsspezifischen Unterdrückung die Basis. Dennoch entwickelt der Kapitalismus objektive Tendenzen, die dem entgegen wirken und Frauenunterdrückung im Produktions- und Reproduktionsbereich festigen: Das Kapital nützt vorherrschende frauendiskriminierende Ideologien, um geschlechtsspezifische Ungleichheiten wie die mindere Entlohnung von Frauen zu rechtfertigen und zusätzlichen Lohndruck zu erzeugen. Der Sexismus – er dient dem Kapital zur Unterdrückung der Frau zur Wahrung seiner ökonomischen Interessen – überspringt die Klassengrenzen und prägt vor allem die gesellschaftliche Wahrnehmung von Geschlecht. Die geschlechtsspezifische Unterdrückung trifft also auch die Frauen der ausbeutenden, der kapitalistischen Klasse. Von biologistischen Theorien pseudowissenschaftlich gerechtfertigt, werden geschlechtsspezifische Rollenverteilungen schon in früher Kindheit durch Erziehung, Sozialisierung und Medien gefestigt. Nicht ohne Grund, wird es in kapitalistischen Gesellschaften als mustergültig angesehen, dass Frauen – oft zusätzlich zur Lohnarbeit – Reproduktionsarbeit (Hausarbeit) verrichten müssen, ohne dafür entlohnt zu werden. Das betrifft ebenso die Kindererziehung und häusliche Altenpflege, die für Frauen weitere berufliche Barrieren darstellen. Die ökonomische Unabhängigkeit der Frau ist die Grundlage ihrer sozialen Emanzipation. Darum muss für eine fortschrittliche Frauen-

bewegung, deren Ziel es ist Frauen endlich gleichwertig im Produktionsprozess zu verankern, eine zentrale Forderung die Vergesellschaftung der Kinderbetreuung und Hausarbeit sein.

## Bewusstseinsbildung

Männer und Frauen haben ein über Generationen hinweg tradiertes Bild der Frau als minderwertige Kreatur verinnerlicht. Sexismus als Herrschaftsinstrument zu Gunsten des Kapitals durchdringt alle gesellschaftlichen Ebenen. Solange die Medien die Frau durch permanente sexualisierte Darstellung des weiblichen Körpers auf ein Sexualobjekt reduzieren und traditionelle - männlich dominierte Rollenbilder - im Überbau verankert sind, wird die bestehende Rolle der Frau in der Gesellschaft weiterhin nachhaltig abgesichert. Deshalb müssen Erziehung und Medien frei von Stereotypen und Geschlechterrollenzuschreibungen sein, die den Buben und Männern suggerieren, Unterdrückung von Frauen sei gesellschaftskonform, und den Mädchen und Frauen, sie gehörten dorthin wo das Kapital sie braucht. Das gesellschaftliche Bewusstsein darf nicht mehr von den kapitalistischen freien Medien vergiftet werden, welche die Rechte der Frauen mit Füßen treten. Junge Mädchen sollen – um sich in diesem kapitalistischen System Recht zu verschaffen – zu selbstbewussten, protestfähigen und kämpferischen Frauen erzogen werden und sich selbst dazu erziehen. Zu Frauen, die sich zwar ihrer Unterdrückung und Ausbeutung bewusst sind, aber genauso ihrer Kraft und ihrer Pflicht sich mit allen Mitteln dagegen zur Wehr zu setzen. Wir lassen uns weder beschwichtigen noch viktimisieren!

Unsere Devise lautet: Widerstand!

## Geschlechterfrage – Klassenfrage

Als Kommunistinnen und Kommunisten lehnen wir die Reduktion der Geschlechterfrage auf ein moralisches Problem ab, da es von gesamtgesellschaftlicher Relevanz ist. Indem wir die Frauenunterdrückung als Bestandteil der sozialen Frage insgesamt erkennen, überwinden wir die Einseitigkeiten eines rein geschlechtsspezifischen Zugangs, der die Ursachen der Frauenunterdrückung im Geschlechterkampf fixiert und die herrschenden sozialen und historischen Bedingungen außer Acht lässt. Bewusstseins- und Verhaltensänderungen allein können die – mit der kapitalistischen Produktionsweise verknüpften – Geschlechterverhältnisse nicht umwälzen, dazu bedarf es einer gesamtgesellschaftlichen Transformation. Dennoch heißt für uns emanzipatorische Politik, täglich für den Abbau der Geschlechterhierarchie zu kämpfen und für eine Verbesserung der Situation der Frauen unter den herrschenden Bedingungen einzutreten. Geschlechtergerechte Sprache in Wort und Schrift gehören zu unserem Selbstverständnis. Im Sinne der Einheit von Theorie und Praxis verurteilen wir Sexismus und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung in der Gesellschaft und im Verband. Nach dem Prinzip von Kritik und Selbstkritik ist jedes Verbandsmitglied dazu angehalten, die eigene Rolle als Frau bzw. Mann und das Verhalten gegenüber anderen Personen zu reflektieren und gegebenenfalls zu ändern.

Einzigste Bedingung für die endgültige Emanzipation der Frau ist die Überwindung jeglicher Klassengesellschaft, um so die Grundlage für die Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung zu schaffen. Deshalb können die Rechte der Frauen auch nur in Verbindung mit dem Kampf gegen eine kapitalistische und für eine sozialistische Gesellschaft erkämpft werden.

Ohne diese Tatsache jemals aus den Augen zu verlieren, müssen wir unserer Aufgabe als Kommunistinnen und Kommunisten gerecht werden, auch in den bestehenden Verhältnissen nicht müde zu werden für die Gleichberechtigung der Frau zu kämpfen. Unser Kampf beginnt jetzt und hier und endet erst in einer klassenlosen Gesellschaft in der jeder und jedem, egal ob Mann, Frau oder Kind die gleichen Rechte und die gleiche Würde als Menschen zuteil werden.

„Die Revolution ist der einzige Weg zu Befreiung der Frau.“ (Clara Zetkin)

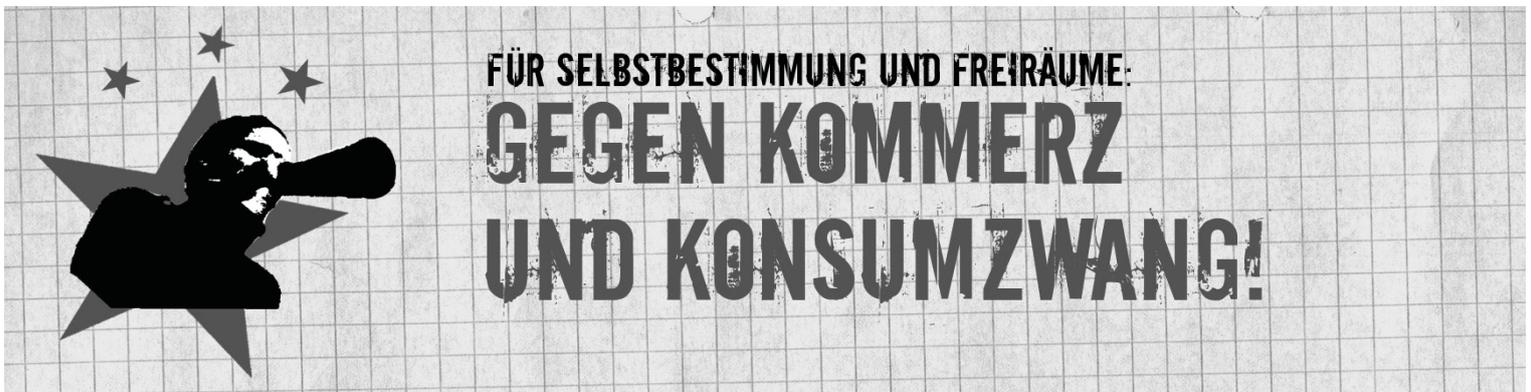
# JUGENDKULTUR UND MEDIEN

## Herrschaftsinstrumente der Kapitalistenklasse



Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.

Karl Marx / Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, 1848.



## Die Widersprüche im Kapitalismus spitzen sich zu

Der gesellschaftlich produzierte Reichtum wächst, während immer mehr Menschen in Armut leben. Die Profite der Unternehmen steigen, wohingegen sich die Arbeitsbedingungen der Menschen verschlechtern. Der gesellschaftliche Umbau, der jeden Lebensbereich dem Kapitalverwertungsprinzip unterordnet, betrifft die Menschen durch seine fast ausschließlich negativen Konsequenzen wie soziale Unsicherheit, gesteigerter Leistungsdruck und existentielle Bedrohung. Dies trifft vor allem junge Menschen: waren vor wenigen Jahrzehnten feste, langfristige Dienstverhältnisse die Regel, muss der Großteil der Jugendlichen heute versuchen, sich mit schlecht oder gar nicht bezahlten Praktika, Volontariaten, befristeter Beschäftigung, Leiharbeit oder Arbeit auf Werkvertragsbasis irgendwie über Wasser zu halten. Die zunehmende Zerstückelung des Arbeitsprozesses lässt immer weniger positive Identifizierung mit diesem zu. Voll von sinnlosen Handgriffen in einem realitätsfernen Regelwerk „entfremdet“ diese „entfremdete“ Arbeit auch die Menschen von sich selbst. Die Produkte ihrer Hände verselbständigen sich und stehen ihnen als fremde Mächte gegenüber – wie die gesamte Gesellschaft nicht als von Menschen geschaffen wahrgenommen wird, sondern als die Menschen beherrschend und unveränderbar. Der Mensch wird vereinzelt, entsolidarisiert, vom Gesellschaftstier zum einsamen Wolf gemacht, ein Phänomen, das Karl Marx „Entfremdung“ nannte.

Doch wieso ist in diesen Zeiten, in denen es mit der kapitalistischen Gesellschaft merkbar bergab geht, der Widerstand gegen diese Tendenzen, die selten so stark waren, so schwach wie nie zuvor?

## Die Möglichkeit einer anderen, neuen Gesellschaft

Soll eine Systemkritik weiter führen als bis zur Erkenntnis, dass „etwas nicht stimmt“ bzw. „in die falsche Richtung läuft“, muss man es wagen einen Schritt weiter zu denken: Wie könnte eine bessere, eine menschlichere Gesellschaft ausschauen? Ist ein anderes System überhaupt möglich? Und schon hat sich das Hirn, das es gewagt hat, diesen Gedanken zu denken, diesen Traum von einer neuen, menschlichen, besseren Gesellschaft zu träumen, in eine potentielle revolutionäre Zelle verwandelt.

## Die Lüge vom „einzig möglichen System“

Verständlich, dass die Leute, die von diesem System profitieren, die das große Geld machen und direkt oder indirekt an den Hebeln der Macht sitzen, alles daran setzen, dass eben dieser Gedanke von der Systemalternative niemals aufkommt. Es kann nur (sagen sie), es darf nur (meinen sie) ein System, nämlich ihr System, geben. Und das System der Kapitalisten ist nun einmal der Kapitalismus.

Karl Marx schrieb in seinem Werk „Die deutsche Ideologie“: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht.“ Er meint damit, dass die Mächtigen notwendigerweise ihr partikulares Interesse, nämlich den Fortbestand des Kapitalismus, als das allgemeine Interesse der Gesellschaft darstellen müssen, wenn sie ihre Herrschaft erhalten wollen. Ihre eigenen Vorstellungen trichtern sie uns kraft ihrer Medienmacht und ihren Disziplinierungsinstitutionen (von Schulen über die Kirche bis zu ihren Gefängnissen) ein. Mit ihren eigenen Illusionen über sich selbst und die gesellschaftlichen Verhältnisse versuchen sie unsere Sicht auf die Dinge zu erklären. Sie speisen uns mit falschem Bewusstsein.

## Ideologischer Klassenkampf

Die kapitalistischen Verhältnisse lassen Wünsche, Vorstellungen, Bedürfnisse etc. entstehen, die sie versprechen zu erfüllen. Erfüllt werden sie schließlich aber nur für diejenigen, die es sich leisten können - der Rest muss sich mit Bildern aus dem Fernsehen begnügen. Wie können aber die Herrschenden trotz der Ungerechtigkeiten das bestehende System als das beste, ja sogar das einzig mögliche System inszenieren? Wo und wie findet dieser „ideologische Klassenkampf von oben“ statt, wie funktioniert diese „Ideologieproduktion“, die den Menschen eine allgemeine Zustimmung zu den gesellschaftlichen Verhältnisse abringt?

...Früher (und teilweise leider auch noch heute) war die Religion und ihre institutionelle Vertretung, die Kirche, der herrschenden Klasse sehr dienlich, indem die Menschen ihre Sorgen und Wünsche in den Himmel projizierten, anstatt die Probleme im Diesseits zu erkennen und zu beseitigen.

...Heute sind es die Massenmedien und die Kulturindustrie, welche die goldenen Hallen und Heiligenstatuen der Kirche durch schnelle Autos, große Brüste, leistungsstarke Computer und teure Kleidung ersetzt haben. Ziel ist es, für Entpolitisierung, Passivität und Unbildung bzw. Verblödung sorgen und durch pseudowissenschaftliche Propaganda die Lüge vom „einzig möglichen System“ stützen.

### **Kulturindustrie**

Jegliche Kultur entstand aus dem gesellschaftlichen Leben heraus und ist verankert in der Gesellschaft, aus der sie kommt. Somit hat Kultur natürlich einen Bezug zu Klassen: sie ist Ausdruck einer Klasse, Formulierung eines Klasseninteresses und dadurch natürlich tief politisch. Die herrschende Klasse lässt nichts unversucht, jeglicher Kultur den Giftzahn zu ziehen, sie ihres politischen Elements zu berauben, damit ja nicht Systemkritik vermittelt werden kann, damit die von ihr ausgebeutete Klasse darin nur ja nicht ihr Klasseninteresse äußern kann. Im selben Augenblick kämpft sie um die Vormachtstellung der von ihr getragenen und geformten Kultur.

Schauen wir uns das Beispiel Musik an. Sei es HipHop/Rap als Ausdrucksmittel und Protestform der schwarzen als der vielfach verarmten, ausgegrenzten und entrechteten Bevölkerungsschicht der USA, oder Punk als Protestmusik der anglo-amerikanischen und bald auch kontinental-europäischen jungen ArbeiterInnenklasse: Beide sind zu Marketing-Schmähs verkommen, werden von Kapitalisten benutzt um der Jugend Geld aus der Tasche zu ziehen. Politische Inhalte, wie Kritik an Aristokratie oder rassistischer Polizeipraxis, sind zu einem großen Teil durch Lobgesänge auf sexistische Stereotypen, Geld, Partys etc. ersetzt worden.

Die Radiosender fühlen sich gezwungen, das zu spielen, was die Musikkonzerne als populär diktieren und treiben somit die Teufelsspirale von Entpolitisierung – Verblödung – Kommerzialisierung ordentlich an.

Auch im Sport, z.B. Fußball, dem „Ballett der ArbeiterInnenklasse“, erkennen wir dieselbe Tendenz. Das Fußballstadion war ein Ort, an dem sich die ArbeiterInnen am Wochenende an ihren Chefs rächen konnten, wenn der ArbeiterInnenverein den KapitalistInnen-Verein vom Platz schoss. Politik und der Zusammenhalt der ArbeiterInnenklasse haben also immer schon mit zum Spiel dazugehört. Wenn wir heute vom „modernen Fußball“ sprechen, müssen wir einsehen, dass hier die Kapitalisten schon vor dem Spiel gewonnen haben. Es ist zu einem durchreglementierten und kommerzialisierten Spektakel verkommen, wo Sponsoren bestimmen und Fans zu Konsumenten degradiert werden.

### **Medien**

Die Krise des Kapitalismus geht einher mit der Krise seiner Medien. In wenigen Bereichen treten die Widersprüche der heutigen Gesellschaftsordnung offener zutage. Waren die Losungen „Pressefreiheit“ und „Recht auf freie Meinungsäußerung“ früher unhintergebar Bestandteile der aufstrebenden bürgerlichen Klasse im Kampf gegen die feudalistische Zensur, so zeigte sich schon bald der Klassencharakter dieser Forderungen. Frei geäußert werden sollten das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln oder die Lehre vom Nachwächterstaat. Auf gar keinen Fall jedoch die Positionen der für eine andere Gesellschaftsordnung kämpfenden ArbeiterInnenbewegung. Zwar gelang es dieser und anderen unterdrückten Klassen und Schichten immer wieder, eigene Medien zu etablieren, doch nur nach harten Kämpfen konnten sich diese gegen jene kapitalstarker Medienmagnaten behaupten.

Am deutlichsten kommt die völlige Konformität der führenden Massenmedien mit den herrschenden Verhältnissen bei der Programmgestaltung bei den sogenannten öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten zum Ausdruck, die fast keinen Unterschied mehr zu jener der Privatsender aufweist. Sprachkurse, wie sie noch vor 20 Jahren aus dem Vormittagsprogramm des ORF nicht wegzudenken waren, Senderraum für politische Diskussionen abseits des von Krone-Schlagzeilen dominierten Medienalltags, subversive Programmelemente im Sinne der Beginnära von FM4 – all dies musste dem „Quote“ genannten goldenen Kalb der Medienlandschaft geopfert werden.

Damit erfüllen die Massenmedien mit ihrer Themensetzung, Meldungsselektion und durch die Wahl ihrer Unterhaltungsformate eine nicht zu unterschätzende Funktion für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Gesellschaftssystems. Besonders augenscheinlich zeigen dies auch die großen Männer- und Frauenmagazine, deren Themenwahl (Golf GTI, Super-Sixpack, Geld bzw. Mode, Diäten, Kochrezepte, Männer) nur der Festschreibung von Rollenbildern und Einzementierung der sozialen Verhältnisse dient, anstatt durch eine progressive Berichterstattung die Missstände unserer Welt auf- und anzugreifen.

Für Österreich mit seinem nahezu monopolartig organisierten Printmediensektor stellt die Frage der Medien eine politische Herausforderung auch für uns KommunistInnen dar. Die „Neue Kronen Zeitung“ ist mit einem Marktanteil von weit über einem Drittel im Verhältnis zur Bevölkerung die auflagenstärkste Tageszeitung der Welt und übt damit gehörigen Druck auf alle Vertriebs- und Druckstrukturen aus. Sie nimmt damit zusammen mit ihren Tochterblättern („Kurier“, etc.) de facto eine Monopolstellung ein, die es ihr wiederum ermöglicht, die öffentliche Meinung im Geiste der kapitalistischen Ordnung zu beeinflussen. Im Bereich der Wochenzeitungen zeigt sich mit der „Formil“- Gruppe (Format, Profil, TV-Media) ein ähnliches Bild. Insofern kann es nur als Verhöhnung empfunden werden, wenn sich Mainstream-Medien mit dem Etikett „Unabhängig“ schmücken, während ihre Inhalte und ihre Themenauswahl von Monopolkapitalisten diktiert werden, dessen Einfluss auf ihrer Funktion als Eigentümer oder zahlungskräftige Inserenten fußt.

Die Ausprägung alternativer Informations- und Kommunikationskanäle ist daher für junge KommunistInnen unerlässlich! Denn trotz der Indienstnahme der neuen Medien, insbesondere des Internets, durch die Kapitalistenklasse, eröffnen sich durch sie ungeahnte Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung. Gemeint ist damit eine neue Kultur des gesellschaftlichen Austausches, der die Chance bietet, das Meinungsmonopol der Herrschenden zu durchbrechen und sich international zu vernetzen.

# ÖKOLOGIE



Der Mensch ist ein Teil der Natur, dessen Überlegenheit nur darin besteht, die Naturgesetze zu kennen und zu befolgen; er ist nicht ihr Eroberer.

Friedrich Engels.



**FÜR FRIEDEN UND UMWELTSCHUTZ HEISST GEGEN KAPITALISMUS.  
DAMIT DIE WELT AUCH MORGEN NOCH STEHT!**

## Konsequenter Umweltschutz ist antikapitalistisch

Umweltschutz stößt im Kapitalismus an seine Grenzen, da ein Widerspruch zwischen consequentem Schutz der Natur und der angestrebten Profitmaximierung der Unternehmen besteht. Dennoch muss auch innerhalb des kapitalistischen Systems dafür gekämpft werden, dass ökologisches Wirtschaften in den Köpfen verankert wird. Weltweite verbindliche Regelungen können hier zumindest zum Teil Abhilfe schaffen. Solange aber kein grundsätzliches Interesse an deren Einhaltung besteht, es die Möglichkeit gibt, durch finanzielle Zuwendungen und Korruption den eigenen Müll an Entwicklungsländer abzugeben, wird die Natur weiterhin zerstört.

Der Sozialismus jedoch bildet durch das Ausschalten der zerstörerischen Profitkonkurrenz das Fundament für ein Wirtschaften im ökologischen Gleichklang mit der Natur. Das garantiert aber nicht, dass dies auch so praktiziert wird - auch das muss innerhalb eines sozialistischen Systems erst errungen werden.

Ohne intakte Natur und Umwelt kann die Menschheit nicht überleben. Die kapitalistische Produktionsweise führte zu einer Intensivierung und Globalisierung der schadstoffproduzierenden Industrie. Der Verbrauch von Rohstoffen und anderen Ressourcen, der Ausstoß von Schadstoffen und die Anhäufung biologisch schwer abbaubaren Mülls hat mittlerweile eine Größenordnung erreicht, die für die Menschheit existenzgefährdend geworden ist. Daher erhält die Erhaltung von Natur und Umwelt eine immer dringlichere Bedeutung. Eine Wende zu umweltverträglichem Wirtschaften kann allerdings nur stattfinden, wenn die Vernunft und das Überlebensinteresse der Menschheit anstelle der Profitinteressen der KapitalistInnen den Produktionsprozess bestimmen.

Umweltschädigendes Verhalten und der massenhafte Konsum ökologisch schädlicher Produkte sind durch die Lebensverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft bedingt. Das Bedürfnis nach diesen Erzeugnissen wird durch Werbung und Marketingstrategien künstlich hervorgerufen und massiv beeinflusst. Wenn die Menschen selbst über ihr Leben bestimmen und damit auch entscheiden können, was bzw. wie produziert wird, werden die Waren und die Produktionsarten dem ökologischen und gesundheitlichen Aspekt gerecht. Erst dann wird es möglich sein, das Verhältnis von Mensch und Natur wieder in Einklang zu bringen.

Das Problem der Umweltzerstörung wird nicht durch die Aufgabe zivilisatorischer Errungenschaften gelöst; seine Lösung ist gerade durch den hohen Stand von Wissenschaft und Technik möglich. Die Menschen können so ihre Lebensweise ökologisch umgestalten und gleichzeitig die Lebensqualität auf eine höhere Stufe heben. Wir müssen also keinesfalls zurück auf die Bäume, um die Umwelt zu retten. Eine an den Interessen der Menschen orientierte Produktionsweise und technischer Fortschritt müssen auf regenerative Rohstoffe und umweltverträgliche Energien setzen.

Möglichkeiten hierfür gibt es genug. So können Umweltschäden aufgrund des Güterverkehrs durch die Verlagerung des Transports von der Straße auf die Schiene verringert werden. Das Müllproblem kann durch konsequente Einführung biologisch abbaubarer Stoffe und durch Recycling reduziert werden, um nur einige Beispiele zu nennen.

Statt diese Mittel einzusetzen, erleben wir das Gegenteil. Die "Liberalisierung" des Strommarktes sorgt für eine Verschärfung der Konkurrenz und fördert damit die profitableren, umweltschädlichen Formen der Energieerzeugung, während alternative Möglichkeiten der Energiegewinnung verdrängt werden. Eine besondere Gefährdung geht von der Atomindustrie aus. Der lang angekündigte Ausstieg beispielsweise in Deutschland ist auf unabsehbare Zeit verschoben worden. Weiterhin wird nicht entsorgbarer Atommüll produziert und trotz vorprogrammierter Unfälle transportiert. Die einzige "brauchbare" Ware, die aus Atommüll hergestellt werden kann, ist eine Waffe: abgereicherte Uranmunition, welche die Umwelt weiträumig verseucht und katastrophale Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen hat. Die Privatisierung des Strommarktes muss rückgängig gemacht und die Energiewirtschaft der öffentlichen Kontrolle unterworfen werden. Zur Stromerzeugung müssen umweltverträgliche Formen wie Solar- und Windenergie verstärkt genutzt werden, so wie es beispielsweise das sozialistische Kuba mit einem eigenen universitären Forschungsschwerpunkt Alternativenenergie und der Errichtung dutzender Solaranlagen vorzeigt.

Obwohl bekannt ist, dass der Schadstoffausstoß des Verkehrs die Luft besonders belastet, wird durch von Profitinteressen gesteuerte Stilllegung der Nebenstrecken der Güterverkehr weiter von der Schiene auf die Straße verlegt. Die Auswirkungen der Privatisierung der ÖBB und zunehmend auch des öffentlichen Nahverkehrs zwingen immer mehr Menschen dazu, das Auto zu benutzen.

Wir fordern ein kostenloses, flächendeckendes öffentliches Verkehrssystem und umweltfreundliche Lösungen für den Gütertransport.

Für Umweltschäden sind die Unternehmen verantwortlich, die daraus Profit ziehen. Die Kosten für die Beseitigung der Umweltschäden werden auf die Bevölkerung abgewälzt. Wir fordern, dass die Unternehmen selbst für die Beseitigung von Umweltschäden aufkommen müssen.

Die Auswirkungen der Umweltzerstörung beeinträchtigen Lebensqualität und Gesundheit der Bevölkerung, vor allem in den Entwicklungsländern. Luft- und Wasserverschmutzung sowie die Verseuchung der Böden gefährden die Existenz von Millionen von Menschen. Die Anhäufung von Naturkatastrophen, Klimaveränderung, Dürrewellen und Überschwemmungen machen ganze Landstriche unbewohnbar. Nur wenn es international gelingt, die Macht der Monopole zu brechen, kann der Raubbau an der Natur gestoppt und kann die ökologische Katastrophe abgewendet werden. Deshalb ist der Kampf um das Grundrecht auf eine gesunde Natur und Umwelt eine Aufgabe des internationalen Klassenkampfes.

Für die Reduzierung des Schadstoffausstoßes sind auf verschiedenen internationalen Konferenzen unverbindliche Vereinbarungen getroffen worden, die sich eher an den Bedürfnissen der Konzerne als an umweltpolitischen Notwendigkeiten orientiert haben. Keine dieser Vereinbarungen ist bisher umgesetzt worden.

### **Gentechnik**

Fortschritte in der Wissenschaft sind selbstredend gutzuheißen, die Wissenschaft im Kapitalismus steht letztendlich aber auch stets im Dienste desselben. Sie stellt daher eine Möglichkeit der Profitmaximierung zuungunsten der Mehrheit der Menschheit dar. Gentechnik an sich hat daher ebenfalls zwei Seiten. Auf der einen Seite stehen positive Errungenschaften wie beispielsweise die Stammzellenforschung, die möglicherweise helfen kann, bis dato unheilbare Krankheiten von der Erde zu tilgen genauso wie die Erforschung und Züchtung von widerstandsfähigeren und ertragreicheren Pflanzen, die der Ernährungssicherung dienen soll. Diese Seite der Gentechnik ist positiv zu bewerten.

Auf der anderen Seite stehen die weiten Gebiete der Gentechnik, die im Kapitalismus eine große Gefahr für die Menschheit darstellen können. Denn in diesem System stehen die Profitinteressen der Kapitalisten im Vordergrund und nicht die Gesundheit und Chancengleichheit der Menschen. Zum Beispiel arbeitet die Forschung verstärkt an der Entwicklung von Pflanzensamen, die lediglich einmal keimen. Dies führt dazu, dass die Bäuerinnen und Bauern noch stärker in eine Abhängigkeit von den großen Saatgutunternehmen kommen, da sie jedes Jahr aufs neue ihr Saatgut von den jeweiligen Firmen erwerben müssen und nicht auf ihre Erträge zurückgreifen können. Im Gleichklang werden bereits Patente auf Genstrukturen gefordert, welche den gleichen bzw. einen noch widerwärtigeren Effekt haben können wie beispielsweise die Patentrechte großer Pharmakonzerne auf Medikamente. Sie bescheren einen extrem hohen Profit und verhindern, dass eine kostengünstige Behandlung von Menschen, vor allem in Entwicklungsländern, möglich wird. Diese Seite der Gentechnik ist daher abzulehnen.

# DER SOZIALISMUS

## Eine Übergangsperiode

“ Ich bin davon überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, dieses Übel loszuwerden, nämlich den, ein sozialistisches Wirtschaftssystem zu etablieren... In solch einer Wirtschaft gehören die Produktionsmittel der Gesellschaft selbst und ihr Gebrauch wird geplant.

Albert Einstein: Warum Sozialismus?, 1949.



## Ein Plädoyer

Aufgrund der heutigen Entwicklung der Wissenschaft, Technik und Produktivkräfte könnte eine Gesellschaft ohne Hunger, Ausbeutung, Krieg und Unterdrückung errichtet werden. Was dieser Entwicklung im Wege steht, sind die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, also der Widerspruch zwischen vergesellschafteter Produktion und privater Aneignung. Ein Widerspruch, der auf der einen Seite Zerstörung, Elend und Krisen verursacht, andererseits jedoch die Kräfte und Bewegungen hervorruft, die auf eine revolutionäre Überwindung des Kapitalismus drängen.

Bei einer sinnvollen und planmäßigen Nutzung der heutigen Entwicklung der Technik und der Produktivkräfte könnte genug Nahrung für die gesamte Menschheit produziert und die notwendige Arbeitszeit massiv verkürzt werden. Ebenso könnten entscheidende Schritte gegen die Unterentwicklung in großen Teilen der Welt gesetzt werden. Was einer rationalen und an den Bedürfnissen der Menschen orientierten Nutzung der modernen Produktivkräfte im Wege steht, ist das kapitalistische System, dessen Motor das Erzielen von Profit ist.

Unser langfristiges Ziel ist die kommunistische Gesellschaft, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Staat, ohne Klassen, in der alle nach ihren Bedürfnissen konsumieren und nach ihren Fähigkeiten arbeiten. Es liegt jedoch auf der Hand, dass nach dem Sturz des Kapitalismus diese kommunistische Gesellschaft nicht von einem Tag auf den anderen errichtet werden kann. Wir gehen viel mehr davon aus, dass eine längere Übergangsperiode zwischen dem Sturz des Kapitalismus und dem Endziel der kommunistischen Gesellschaft notwendig ist. Diese Übergangsgesellschaft ist der Sozialismus.

Die Notwendigkeit dieser Übergangsgesellschaft hat mehrere Gründe. Beispielsweise ist es erforderlich, dass der Staat auch nach der Revolution bestehen bleibt. Jedoch nicht als Instrument der bürgerlichen Klasse, sondern als revolutionärer Staat, der nicht die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit begründet, sondern dem Willen der Mehrheit Geltung verschafft. Eine zentrale Aufgabe dieses Staates ist einerseits die Verteidigung der revolutionären Errungenschaften gegenüber Kräften, die den Kapitalismus wiederherstellen wollen. Zum anderen geht es darum, eine planmäßige und gesamtgesellschaftliche Produktion aufzubauen. Ebenso dient der revolutionäre Staat dazu, demokratische Entscheidungen auf allen Ebenen zu entwickeln und zu gewährleisten.

Der Sozialismus darf dabei nicht als widerspruchslöser Einheitsbrei gefasst werden. Es gibt auch im Sozialismus Widersprüche, die als Quelle und Triebkraft jedweder Bewegung dienen: soziale, zwischen den Geschlechtern, zwischen Ethnien und Nationen, zwischen Bevölkerung und Staat, zwischen regionalen und gesamtgesellschaftlichen Interessen, zwischen den Bedürfnissen der Menschen und den Möglichkeiten, sie zu befriedigen. Nicht alle Arten von Widersprüchen sind dabei als „Muttermale“ der überwundenen Gesellschaftsordnung zu begreifen. Auch im Sozialismus ist Fortbewegung nur auf dem Weg der Entstehung und Lösung von Widersprüchen möglich. Fortschritt äußert sich nicht in Widerspruchslosigkeit, sondern in zunehmender Fähigkeit, den angestrebten Zwecken in den Ergebnissen näher zu kommen. Gerade die bisherigen Anläufe zum Sozialismus haben gezeigt, dass Widersprüche nicht per Dekret abgeschafft werden können, sondern in einem langfristigen Prozess ausgetragen werden müssen.

## Wege zum Sozialismus

Wer konsequent für Demokratie und Frieden, für die Rechte der Jugend und der arbeitenden Bevölkerung eintritt, wird bald an die Grenzen des kapitalistischen Systems stoßen. Immer mehr Jugendliche machen diese Erfahrung und wenden sich daher revolutionären Organisationen wie der KJÖ zu. Dennoch übersehen wir nicht: die Revolution steht heute nicht auf der Tagesordnung, die Lage für die kommunistische Weltbewegung ist eine besonders schwere. Der Weg aus dem Kapitalismus kann für die revolutionäre Bewegung weder in einem grenzenlosen Pragmatismus noch in theoretischer Abgehobenheit bestehen, sondern in einer Verbindung von revolutionärer Theorie und Praxis.

Eine zentrale Rolle dabei spielt der wissenschaftliche Sozialismus, dessen Grundlagen von Karl Marx, Friedrich Engels, Wladimir Iljitsch Lenin und anderen entwickelt wurden. Eine sinnvolle Perspektive des Sozialismus hat als Voraussetzung die Analyse der Triebkräfte der heutigen Gesellschaft sowie die Auseinandersetzung mit den Erfahrungen und Errungenschaften der Pariser Kommune,

der sozialistischen Oktoberrevolution, des kommunistischen Weltsystems und aller anderen revolutionären Klassenkämpfe.

In einem langfristigen Prozess wollen wir so, verbunden mit unserer praktischen Arbeit, mehr und mehr Menschen die Notwendigkeit des Sturzes der kapitalistischen Ausbeuterordnung vor Augen führen. In der Schule und im Betrieb, in den Gewerkschaften und Universitäten versuchen wir, die jugendliche und arbeitende Bevölkerung in tagtägliche Kämpfe für die Verteidigung und Erweiterung ihrer Rechte einzubeziehen. Unter den Bedingungen des Imperialismus werden immer mehr Menschen bereit, sich in diesen Kampf einzureihen, da immer mehr Menschen unter der Herrschaft des Monopolkapitalismus leiden. Jede ernsthafte Demokratisierung und soziale Errungenschaft kann heutzutage nur in Konfrontation mit der Macht des Monopolkapitals erkämpft werden. Wichtig für eine revolutionäre Organisation ist die Verbindung dieser Kämpfe mit dem Ziel des Sturzes des Kapitalismus. Jede soziale und demokratische Errungenschaft, die gegenüber der geballten Macht der Konzerne und des Staates erkämpft wird, ist auch ein Schritt in Richtung Sozialismus. Einerseits werden so die Kampfbedingungen verbessert und andererseits wächst das Bewusstsein von der Notwendigkeit einer gemeinsamen, klassenbewussten Orientierung und die Grenzen von Verbesserungen im Kapitalismus werden sichtbar. Oder wie es Karl Marx auf den Punkt brachte: „die Klasse an sich [wird] zur Klasse für sich“.

## Reform und Revolution

Da in den höchstentwickelten kapitalistischen Gesellschaften revolutionäre Brüche – soweit voraussehbar – nicht auf der Tagesordnung stehen, kommt wohl dem Reformkampf in der Gegenwart ein höherer Stellenwert zu als in vergangenen Perioden. Zudem sind wir heute mit globalen (nicht zuletzt ökologischen) Problemen konfrontiert, deren Milderung und Begrenzung, partiell auch Lösung, nicht einfach auf postkapitalistische Zeiten verschoben werden kann. Diese Aufwertung der Rolle des Reformkampfes bringt die Notwendigkeit einer Ausdifferenzierung verschiedener Reformtypen mit sich: zum traditionellen Kampf um eine Verbesserung der Arbeits-, Lebens- und Kampfbedingungen, sowie jenem um antimonopolistische Strukturreformen, tritt ein neuartiger, bisher analytisch kaum durchdrungener Typus des Reformkampfes hinzu, den gering zu schätzen geradezu selbstmörderisch wäre.

Bei aller Wichtigkeit von Reformen darf dabei die Dialektik von Reform und Revolution nicht unbeachtet bleiben. Der Kampf um Reformen ist in ein Konzept der Übergänge zum Sozialismus zu integrieren. Gerade im Zuge des Ringens um antimonopolistische, soziale, ökologische Reformen können Einsichten in die Grenzen des Kapitalismus, wie der Notwendigkeit seiner revolutionären Überwindung erst massenhaft erwachsen.

Wird dieses Verhältnis von Kampf um Reformen und Heranführen an eine prinzipielle Umwälzung der Gesellschaft ausgeblendet, können Reformen, auch wenn sie etwa partielle Besserstellungen mit sich bringen, zu einer Vernebelung von Klassenbewusstsein oder Integration in die kapitalistische Gesellschaft führen und erfüllen dann gerade systemstabilisierende Funktionen ( wie etwa die sozialpartnerschaftlichen Zugeständnisse der 60er und 70er Jahre). Der Weg zum Sozialismus kann also weder nur als eine endlose quantitative Aneinanderreihung von Reformen gedacht werden, noch als ein plötzlicher abstrakter Bruch.

Es bedarf der Ausarbeitung einer revolutionären Strategie, die aus der Orientierung auf Umwälzung des Staates und der Eigentumsverhältnisse und daher des gesamten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens konzipiert wird.

## Der revolutionäre Bruch

Es kann mit Sicherheit vom heutigen Standpunkt aus keine detaillierten Beschreibungen darüber geben, in welcher Weise und in welchen Konstellationen sich ein revolutionärer Bruch mit dem Kapitalismus vollziehen wird. Trotzdem können anhand der heutigen Triebkräfte und Widersprüche und anhand erfolgreicher und gescheiterter Anläufe zum Sozialismus Maßstäbe an zukünftige Entwicklungen angelegt werden.

Obwohl gerade in Bezug auf entwickelte Industriegesellschaften die revolutionäre Umgestaltung sich bei realistischer Betrachtung nicht als einmaliges Ereignis, sondern in mehreren Brüchen und

Etappen entwickeln wird, so gibt es in einer revolutionären Situation letztendlich nur den Weg in Richtung Sozialismus oder eine Rückkehr zum Kapitalismus. Um den Sozialismus aufzubauen, sind entscheidende Umwälzungen in den Macht- und Eigentumsverhältnissen erforderlich. Der bürgerliche Staat, also die politische Herrschaft der KapitalistInnen, muss zerschlagen und die politische Macht von der Arbeiterklasse ergriffen werden sowie die wesentlichen Produktionsmittel (Transportwesen, Konzerne, Banken etc.) enteignet und in gesamtgesellschaftliches Eigentum überführt werden.

Eine viel diskutierte Frage in der kommunistischen, linken und Arbeiterbewegung ist die Rolle der Gewalt in einer Revolution. Jeder Staat ist immer gewaltausübendes Organ, da er Ausdruck der Klassenwidersprüche in einem Land ist. Die sozialistische Revolution bedeutet nicht einfach die Ablösung einer Regierung des kapitalistischen Staates durch eine andere, sondern die Zerschlagung des kapitalistischen Macht- und Staatsapparates, die Enteignung der Kapitalistenklasse und vor allem der Monopolkonzerne und die Ergreifung der Staatsmacht durch die arbeitende Bevölkerung. Die bürgerliche Staatsmacht zu brechen und die revolutionären Errungenschaften nach innen und außen zu verteidigen, wird auch in Zukunft notwendiger Bestandteil revolutionärer Umbrüche sein. Dies schließt aber keinesfalls einen friedlichen Verlauf einer Revolution aus. Ganz im Gegenteil: über je mehr potentielle Gewalt die Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten verfügt, umso wahrscheinlicher ist ein friedlicher Verlauf der Revolution, da ihr die Kapitalisten weniger Widerstand entgegensetzen können. Jedoch haben wir aus der Geschichte gelernt, dass der Kapitalistenklasse keine Grausamkeit zuwider ist, um ihre Ausbeuterordnung aufrechtzuerhalten bzw. wiederherzustellen.

Unter heutigen Verhältnissen ist eine weltweite Abrüstung eine zentrale Grundbedingung für die Möglichkeit von umfassenden sozialistischen Umbrüchen vor allem in den Metropolen geworden, da der Einsatz von Atomwaffen in den Händen von reaktionären Kräften nur dann unmöglich wird, wenn diese durch Abrüstung beseitigt sind.

## **Sozialismus und heutige Bewegungen**

Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in der Sowjetunion verschoben sich die Kräfteverhältnisse zweifellos zu Gunsten des Imperialismus und brachten für viele kapitalismuskritische Kräfte und sozialistische Bewegungen eine Krise mit sich. Trotzdem existieren heute eine Reihe von wachsenden Kräften und Bewegungen, die sich dem Imperialismus und den kapitalistischen Strukturen entgegensetzen.

Gerade in den imperialistischen Zentren ist die globalisierungskritische Bewegung eine wichtige Kraft. Die Forderung nach einer internationalen Umverteilung von den großen Konzernen zur breiten Masse der Bevölkerung ist angesichts der Steuerparadiese des Monopolkapitals besonders aktuell. Ebenso ist das in vielen Ländern und auch international entstehende Zusammenwirken von Gewerkschaften, linken Parteien und sozialen Bewegungen ein notwendiger Schritt, um wichtige Forderungen in Zukunft auch durchsetzen zu können. In Zeiten einer vermehrten Krisenhaftigkeit des Kapitalismus nimmt auch der Protest gegen dieses ineffiziente und verbrecherische System an Bedeutung zu. Hierbei sehen wir es als unsere Aufgabe einen aktiven Bestandteil dieser Bewegung auszumachen. Und zwar im Gegensatz zu den Organisationen, die den lediglich den „Neoliberalismus“ verdammten und sich von Schwärmen kapitalistischer Heuschrecken verfolgt fühlen. Wir müssen unsere Grundsätze basierend auf einer entschlossenen und fundierten Kapitalismuskritik zu entwickeln, um klar zu machen, dass wir dieses System nicht retten können, sondern überwinden müssen.

Gerade in diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass die heutigen Auseinandersetzungen nicht auf der Ebene reiner Verteidigungskämpfe verharren, sondern vielmehr für Verbesserungen und realen Fortschritt gekämpft wird, was in Bezug auf Europa jedoch erst in Ansätzen erkennbar ist.

Wir KommunistInnen sind Teil dieser Bewegung und versuchen sie mit allen Mitteln zu unterstützen, ohne zu vergessen oder zu übersehen, dass es sich dabei um eine sehr heterogene Bewegung aus unterschiedlichen Zugängen und mit unterschiedlichen Zielen handelt. Neben dem Anwachsen der globalisierungskritischen Bewegung kommt es auch zur Herausbildung von neuen antiimperialistischen Kräften an der kapitalistischen „Peripherie“, vor allem in Afrika und Lateinamerika:

In vielen dieser Länder ist der Kampf um soziale und demokratische Rechte verbunden mit der Durchsetzung elementarer Rechte der Selbstbestimmung gegenüber den imperialistischen Zentren. In einigen Ländern sind Durchbrüche in Richtung Sozialismus bereits in näherer Zukunft vorstellbar.

Besonders hervorzuheben wäre hier Venezuela. Die „Bolivarische Revolution“ in ihrer derzeitigen Phase wird von der Kommunistischen Partei Venezuelas (PCV) als „demokratische, antiimperialistische Volksrevolution zur nationalen Befreiung, die auf dem Weg zum Aufbau des Sozialismus voranschreitet“ bezeichnet. Am Beispiel Venezuelas lässt sich dabei vor allem sehen, dass die spezifische Form der Übergänge zum Sozialismus auch abhängig ist von den nationalen und kulturellen Traditionen eines Volkes. Das nationale Element muss dabei nicht zwingend eine reaktionäre Rolle spielen, sondern die nationale Frage kann – wie insbesondere Lenin und Gramsci nicht müde wurden zu betonen – durchaus die Rolle eines Katalysators im revolutionären Prozess spielen, ja sogar eines seiner Hauptmomente darstellen. So benennt etwa die PCV als wichtigsten Widerspruch, den der revolutionäre Prozess in Venezuela derzeit lösen muss, den Antagonismus zwischen venezolanischer Nation und US-Imperialismus.

Insgesamt ist mit dem bolivariischen Staatenbündnis ALBA und der Gründung der Banco del Sur eine antiimperialistische Bewegung im Entstehen begriffen, welche sich gegen die hegemonialen Interessen der USA in Lateinamerika zu Wehr setzt.

Neben den zahlreichen und sehr unterschiedlichen linken Projekten Lateinamerikas gibt es nach wie vor Länder, die den Weg in Richtung Sozialismus eingeschlagen haben, wie z.B. Cuba, Vietnam, Korea (KDVR) und China. Zwar sind die Bedingungen und die Konzepte in diesen Ländern sehr unterschiedlich und in unserer Organisation haben unterschiedliche Meinungen zu etlichen Aspekten dieser Frage ihren Platz. Dennoch sind wir solidarisch mit der grundlegenden Intention ihrer Politik, nämlich trotz vieler Schwierigkeiten einen Entwicklungsweg einzuschlagen, dessen Ziel eine entwickelte sozialistische Gesellschaft ist. Eine plumpe Verdammung der realsozialistischen Staaten heute ist in Bezug auf die internationale Solidarität für uns genauso wenig richtig wie das Abnicken oder „Übersehen“ von Fehlern im sozialistischen Aufbau.

## Historische Bemerkungen

Die Geschichte hat gezeigt, dass selbst eine erfolgreiche Revolution und der begonnene Aufbau der sozialistischen Gesellschaft kein Garant für den Sieg des Sozialismus sind. Imperialistische Mächte haben stets versucht, revolutionäre Entwicklungen mit allen Mitteln, darunter auch militärische Gewalt, zu verhindern. Aber auch innere Fehlentwicklungen und Fehlentscheidungen waren gerade in Bezug auf die Sowjetunion maßgeblich für die Restauration des Kapitalismus verantwortlich. Aus unserer Sicht ist es erforderlich, sowohl Errungenschaften als auch Fehlentwicklungen zu berücksichtigen. Zum einen hat die Oktoberrevolution wie kaum ein anderes Ereignis die Geschichte des 20. Jahrhunderts geprägt. Zum ersten Mal in der Geschichte wurde längerfristig die Macht der Kapitalisten gebrochen und der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in Angriff genommen. Damit verbunden entwickelte sich die Kommunistische Internationale, die das Entstehen einer kommunistischen Weltbewegung ermöglichte. Bleibende Verdienste der sozialistischen Staaten sind die opferreiche Befreiung Europas vom Faschismus, ihr entscheidender Anteil am Ende des Kolonialsystems sowie Bemühungen um weltweite Abrüstung und Friedenspolitik. Trotz wirtschaftlicher Probleme sowie innerer und äußerer Bedrohung konnten auch innerhalb der sozialistischen Staaten grundlegende soziale Errungenschaften erreicht werden, wie das Recht auf Arbeit, Bildung, Kultur und Wohnung; Rechte, die heute in den entwickeltsten kapitalistischen Staaten keinesfalls gegeben sind.

Unter dem Druck der imperialistischen Staaten, die alles daran setzten, dem Sozialismus ein Ende zu bereiten, entwickelten sich die Möglichkeiten der Bevölkerung auf demokratische Einflussnahme nur auf ungenügende Weise. In wirtschaftlicher Hinsicht führte das Abgehen von einer wissenschaftlichen Wirtschaftsplanung, dass die Herausforderungen der neuen wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen nicht bewältigt werden konnten. Trotz dieser strukturellen Schwächen, die dazu führten, dass die Menschen den Sozialismus nicht mehr als die bessere Gesellschaftsordnung ansahen, trifft die entscheidende Schuld am Niedergang die Führung der KPdSU unter Gorbatschow, die unter dem Deckmantel der Erneuerung die Wiederherstellung der Kapitalismus anstrebte und auch durchsetzte.

Eine Lehre aus der Geschichte ist, dass die allseitige Einbindung der Menschen in alle Belange des sozialistischen Staates unabdingbar ist.

## Entwicklungsperspektiven des Sozialismus

Von Bedeutung ist auch die völlig neue Art der Arbeit in der entwickelteren sozialistischen Gesellschaft, d.h., dass die Arbeit nicht mehr entfremdet ist. Sie ist also nicht mehr Element der Verkümmern und Knechtung des Menschen, sondern Mittel seiner Entfaltung. Es sind nicht mehr die Produktionsmittel, welche die ArbeiterInnen anwenden, sondern die ArbeiterInnen, die bewusst und planmäßig die Produktionsmittel anwenden.

Ebenso neu ist die Qualität der Demokratie im Sozialismus, da sich nämlich demokratische Entscheidungen nun auch auf dem Gebiet der Ökonomie/Produktion/Distribution entfalten können und auch auf dem gesamtgesellschaftlichen Bereich das Kapitalinteresse als Haupthindernis der Demokratie wegfällt. Dabei gibt es eine Vielfalt von Möglichkeiten, wie sich sozialistische Demokratie entfalten kann, z.B. direkte Demokratie, Räte, Komitees, Zirkel etc. Erämpfte demokratische Errungenschaften sind natürlich im Sozialismus weiterzuführen, wobei insbesondere die bürgerliche Demokratie, die auch eine Klassenherrschaft darstellt, im Sozialismus aufgehoben wird. Das heißt, dass in einer neuen Qualität von Demokratie fortschrittliche Elemente weitergeführt, vom Kapitalismus verzerrte Entwicklungen beseitigt sowie völlig neue Formen von Demokratie entstehen werden.

Natürlich ist der Sozialismus noch lange mit den „Muttermalen“ (Karl Marx) der alten Gesellschaft behaftet. Auch im Sozialismus wird es etliche Widersprüche geben, z.B. ökonomische, nationale, geschlechtsspezifische, ethnische, politische Widersprüche. Erst durch einen Generationen andauernden Lern- und Entwicklungsprozess können Erscheinungen wie Rassismus, Sexismus und Konkurrenzdenken überwunden werden, da ihnen im Sozialismus die ökonomische Grundlage entzogen wird.

Der Aufbau des Sozialismus hat epochale Bedeutung, da die Menschen nun erstmals in Kenntnis der gesellschaftlichen Wirkungszusammenhänge das gesellschaftliche Leben planen und lenken können und sich die gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze nicht blind und destruktiv durchsetzen. Somit tritt die Menschheit also aus ihrer Vorgeschichte heraus- und in ihre wirkliche Geschichte ein. Das sozialistische System hat die Potenzen zur grundlegenden Lösung des Ökologieproblems, zur Lösung der Kriegsgefahr, zur Beseitigung der Tendenz, dass vier Fünftel der Weltbevölkerung systematisch von moderner Bildung und Wohlstand ausgeschlossen werden. Für die Jugend beinhaltet der Sozialismus die Perspektive, in einer Gesellschaft aufzuwachsen, die nicht von Ausbeutung und deren verschiedenen Erscheinungsformen und Strukturen geprägt ist, sondern die auf Gleichberechtigung und Frieden beruht.

Ziel des Sozialismus ist es, die Klassengesellschaft und damit den Staat als Herrschaftsinstrument einer Klasse restlos zu beseitigen, um eine Gesellschaft zu schaffen, in der aufgrund planmäßiger Steigerung der Produktion im Überfluss gelebt werden kann. Eine Gesellschaft, in der die Herrschaft von Menschen über Menschen der Verwaltung von Sachen weicht und in der jeder nach seinen Fähigkeiten arbeitet und nach seinen Bedürfnissen konsumiert – den Kommunismus.

**Mögen die herrschenden Klassen vor einer  
kommunistischen Revolution zittern.**

**Marx / Engels: Manifest der Kommunistischen Partei**

